KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT

Erziehung ist eine Zumutung, Bildung ist ein Angebot
Dieter Lenzen / Niklas Luhmann

Bildung hat eigentlich nichts mit Buch zu tun.
Hätte es mit Buch zu tun, würde es Buchung heißen.
Jugendlicher

Bildungsmonitor

für die Jugendsozialarbeit

Nummer 6
August 2013

Herausgeber

Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit
Chausseestraße 128/129 • D-10115 Berlin
Tel. 030-288789-538 • Fax 030-288789-55
E-Mail: Kooperationsverbund
Fachlich verantwortliche Organisation: AWO
Autor: Prof. Dr. Gerhard Christe
Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (IAJ)

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Inhalt

Editorial **4**

1. Bildungsberichterstattung und Bildungsmonitoring **5**
1.1 Integrierte Ausbildungsberichterstattung I 5
1.2 Integrierte Ausbildungsberichterstattung II 5
1.3 Junge Menschen ohne Berufsabschluss 5
1.4 Berufsbildungsbericht 2013 6
1.5 Datenreport 2013 7
1.6 Berechnung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa 7
1.7 Bildungschancen in Deutschland – Chancenspiegel 2013 8

2. Neuere bildungspolitische Entwicklungen in Bund und Bundesländern **10**
2.1 Baden-Württemberg – Stärkung der beruflichen Bildung geplant 10
2.2 Berlin – Ergebnisse der Schulstrukturreform 10
2.3 Nordrhein-Westfalen – Entwicklung der Ganztagsschulen 11
2.4 Niedersachsen – Vorbereitung auf inklusiven Unterricht 11
2.5 Hessen – Abwendung der Gymnasien von verkürzter Gymnasialzeit 12
2.6 Kooperationsverbot bleibt im Grundgesetz 13
2.7 Reckahner Bildungsgespräche 13

3. Ergebnisse neuerer bildungspolitischer Studien **15**
3.1 Berufsbildungs-PISA – Erste Ergebnisse *(IBB)* 15
3.2 Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen *(DIPF, DJI, IFS, Uni Gießen)* 16
3.3 Studie zum Bildungs- und Qualifikationsniveau von Einwanderern *(IAB)* 17
3.4 Studie zum Wohnungsangebot für arme Familie in Großstädten (*empirica*) 18
3.5 Deutschlandbericht der OECD-Studie „Skills beyond School" *(OECD)* 20
3.6 Europas Schüler wollen länger lernen (*Andreas Walther*) 20
3.7 Reader Schulsozialarbeit – Band 1 *(DRK)* 21
3.8 Studie zum Thema „Inklusive Gesellschaft" *(ISS)* 21
3.9 Bericht zu Diskriminierung im Bildungsbereich und im Arbeitsleben *(ADS)* 22
3.10 Literaturhinweise 22

4. Laufende bildungspolitische Studien **25**
4.1 Nationales Bildungspanel 25
4.2 UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Industrieländern 27

5. Neue Programme des Bundes und der Länder 28
5.1 „Lernen vor Ort" geht in die Fläche 28
5.2 Die Wirtschaft will den auslaufenden Ausbildungspakt verlängern 28
5.3 Initiative des Bundesrates für Kinder und Jugendliche im SGB II-Bezug 29
5.4 Beschluss von Bund und Ländern zur Einführung des DQR 29

6. Zahlenspiegel 30
6.1 Soziale Selektion beim Hochschulzugang 30
6.2 Studienberechtigung von Auszubildenden 30
6.3 Ausbildungsbeteiligung von Betrieben 31
6.4 Wie können mehr Jugendliche aus dem Übergangssystem von der guten Lage auf dem Ausbildungsmarkt profitieren? 31
6.5 Arbeitslosenquoten im Euroraum 32
6.6 EU will allen Kindern bis 2030 Zugang zur Grundbildung verschaffen 32
6.7 Daten zur regionalen Bildungsungerechtigkeit 32

7. Aktuelle Stellungnahmen aus Politik und Verbänden 33
7.1 Bildungsverständnis der Schulsozialarbeit *(Koop.verbund Schulsozialarbeit)* 33
7.2 Schulsozialarbeit schafft Chancengleichheit *(DRK)* 33
7.3 Ausbau statt Abbau der Schulsozialarbeit *(Koop.verbund Jugendsozialarbeit)* 33
7.4 Rechtsanspruch auf Ganztagsschule gefordert (*DJI*) 34
7.5 Bildungsbenachteiligung muss endlich aufhören *(Deutscher Caritasverband)* 34
7.6 Positionspapier zur Jugendarbeitslosigkeit *(Europäisches Jugendforum)* 35
7.7 Jugendarmut verhindern *(BAG KJS)* 35
7.8 Kein „weiter so"! Erfolgreiche Übergange in den Beruf müssen allen Jugendlichen ermöglicht werden *(Koop.verbund Jugendsozialarbeit)* 36
7.9 DGB-Position zum Programm MobiPro-EU *(DGB)* 36
7.10 Bildungspaket mit Licht und Schatten *(Sozial- und Wohlfahrtsverbände)* 37
7.11 Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl *(Koop.verbund Jugendsozialarbeit)* 37
7.12 Schulsozialarbeit muss weiter finanziell abgesichert werden! (AWO) 37

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir freuen uns, Ihnen nach der Sommerpause die neuste Ausgabe des Bildungsmonitors für die Jugendsozialarbeit bereitstellen zu können.

Zuverlässig gibt der Newsletter einen weiten Überblick über aktuelle Entwicklungen in Wissenschaft, Politik und Verbänden: Relevante Vorgänge im Berufsbildungssystem – insbesondere auch die Zahlen und Daten der aktuellen Ausbildungsstatistik – gehören ebenso dazu wie bildungspolitische Entwicklungen in einzelnen Bundesländern und neuere bildungspolitische Studien und Expertisen. In den Literaturhinweisen wird neben der Präsentation aktueller Fachliteratur zum Thema Bildung und Übergang auch erstmals eine weiter gefasste Perspektive auf Bildung in der Literatur gegeben.

Abgerundet wird der Bildungsmonitor durch Stellungnahmen aus Fachpraxis und Verbänden – etwa zum Rechtsanspruch auf Ganztagsschule oder zur Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets.

Auch der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit fordert hierzu in seinem Positionspapier „Ausbau statt Abbau – Schulsozialarbeit sichern und entwickeln" Bund, Länder und Kommunen auf, aktuell vorhandene Restmittel aus dem BuT 2012/2013 möglichst unbürokratisch für die Weiterführung der Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen, neu geschaffene Stellen langfristig abzusichern und dafür zu sorgen, dass der nachhaltige Ausbau der Schulsozialarbeit vorangebracht werden kann. Denn die Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen für alle Jugendlichen, auch damit sie den Übergang von der Schule in den Beruf erfolgreich meistern können, ist unser zentrales Anliegen in der Jugendsozialarbeit.

Wir wünschen Ihnen als interessierte/-r Leserin und Leser viele Anregungen und Erkenntnisse.

Mit freundlichen Grüßen

Walter Würfel

Sprecher des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit

(1)
Bildungsberichterstattung und Bildungsmonitoring

1.1 Integrierte Ausbildungsberichterstattung I

Wie das Statistische Bundesamt in seiner Pressemitteilung vom 8. März 2013 im Rahmen der Integrierten Ausbildungsberichterstattung berichtet, begannen im Jahr 2012 266.700 junge Menschen ein Bildungsprogramm im Übergangsbereich, um durch den Erwerb beruflicher Grundkenntnisse oder durch das Nachholen eines Haupt- oder Realschulabschlusses ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz zu verbessern. Diese Maßnahmen schließen an die Sekundarstufe I an allgemeinbildenden Schulen an. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, ging nach ersten vorläufigen Ergebnissen die Zahl der Anfänger im Übergangsbereich gegenüber 2011 um 6,4% zurück.

Seit 2005, als noch 417.00 Anfänger im Übergangsbereich nachgewiesen wurden, ist ihre Zahl kontinuierlich gesunken. Insgesamt ergibt sich von 2005 bis 2012 ein Rückgang von 36%. Demografische Veränderungen und die Annäherung von dualem Arbeitsplatzangebot und der Ausbildungsplatznachfrage haben hierzu beigetragen.

Im Jahr 2012 haben 730.400 Personen eine duale oder vollzeitschulische Berufsausbildung an beruflichen Schulen begonnen. Das waren 1,4% weniger als im Vorjahr. Während die Zahl der Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger im dualen System um 2,1% auf 512.800 sank, nahm sie in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens um 1,4% auf 162.400 zu. In der übrigen vollzeitschulischen Berufsausbildung ging die Zahl der Anfänger um 3,8% auf 55.200 zurück. Die Zahl der Anfänger in Bildungsgängen des Sekundarbereichs II, die zur Studienberechtigung führen, nahm 2012 gegenüber 2011 um 2,5% auf 505.100 Personen zu.

Dagegen ging die Zahl der Studienanfänger gegenüber dem Vorjahr um 5% auf 496.100 zurück. Ursache hierfür war die Aussetzung der Wehrpflicht, die zu einem deutlichen Anstieg der Studienanfängerzahlen im Jahr 2011 geführt hatte. Darüber hinaus trugen 2011 die doppelten Abiturientenjahrgänge in Bayern und Niedersachsen in Folge der Verkürzung der Gymnasialzeit, dazu bei, dass sehr viele junge Menschen ein Studium begannen. 2012 wirkten sich die Doppelabiturjahrgänge in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen auf die Zahl der Erstimmatrikulationen aus.

Quelle:
https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/03/PD13_088_212.html

Siehe auch aktuelle Zahlen zur Studienberechtigung von Auszubildenden unter Kapitel 6.2

1.2 Integrierte Ausbildungsberichterstattung II

Die ausführlichen Daten zur Schnellmeldung mit einem Vergleich zu den Vorjahreszahlen finden sich unter: Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung - Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern – 2012. Hier kann auch eine Excel-Datei für eigene Berechnungen heruntergeladen werden.

Herunterzuladen unter:
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/SchnellmeldungAusbildungsberichterstattung5211002127004.html

1.3 Junge Menschen ohne Berufsabschluss

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Brigitte Pothmer, Kai Gehring, Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bundestagsdrucksache 17/12967 vom 02.04.2013

Die Antwort der Bundesregierung auf Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen gibt auf der Grundlage der neuesten statistischen Daten einen umfassenden Überblick über die quantitative und qualitative Zusammensetzung der Gruppe Jugendlicher ohne Berufsausbildung innerhalb und außerhalb des Übergangssystems. Die 80seitige Antwort ist nicht nur deshalb äußerst informativ, weil sie verstreut vorliegende aktuelle Daten bündelt, sondern auch in Bezug auf die Diskussion über die Zukunft des Übergangssystems.

Die elektronische Vorabfassung kann heruntergeladen werden unter:
http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/130/1713039.pdf

1.4 Berufsbildungsbericht 2013

Der im Mai 2013 erschienene Berufsbildungsbericht 2013 kommt zu dem Ergebnis, dass die Ausbildungsmarktsituation für junge Menschen in Deutschland weiterhin gut sei, auch wenn 2012 etwas weniger Ausbildungsverträge neu abgeschlossen wurden als im Vorjahr. Diese Entwicklung sei aber auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung zu sehen. Betriebe hätten zunehmend Schwierigkeiten, ihre angebotenen Ausbildungsstellen zu besetzen. Gleichzeitig gebe es aber noch eine große Zahl von Bewerbern und Bewerberinnen, denen der Übergang von der Schule in die Ausbildung nicht sofort gelinge. Auch diese jungen Menschen würden gebraucht, um künftig den Fachkräftenachwuchs in Deutschland sicher zu stellen.

Der spürbar zunehmende Wettbewerb um Nachwuchskräfte stärke jedoch die Position und Auswahlmöglichkeiten der Ausbildungsbewerber und Ausbildungsbewerberinnen. So sei der Ausbildungsmarkt 2012 geprägt durch Schwierigkeiten von Ausbildungsbetrieben, besonders von kleinen und mittleren Unternehmen, ihre angebotenen Ausbildungsplätze zu besetzen, die Zahl unbesetzter Ausbildungsplätze sei 2012 mit 33.275 die höchste seit Jahren. Der Bericht sieht dies nicht nur als eine Folge des demografisch bedingten Rückgangs von Schulabgängern und Schulabgängerinnen, sondern auch des unzureichenden „Matchings" von potenziellem Angebot und bestehender Nachfrage. Für die Bundesregierung sei dies eine zentrale Herausforderung der nächsten Jahre.

Wie schon in den Jahren zuvor stellt der neue Berufsbildungsbericht zunächst die berufsbildungspolitischen Prioritäten der Bundesregierung dar (Kap. 1), berichtet dann über die Entwicklung am Ausbildungsmarkt (Kap. 2) und informiert schließlich über berufsbildungspolitische Maßnahmen und Programme (Kap.3). Abschließend enthält der Bericht dann Stellungnahmen und Voten von Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Länder zum Entwurf des Berichts. Diese fallen wie bisher auch unterschiedlich aus. Während die Arbeitgeber die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt als weiterhin erfreulich positiv und die Ausbildungschancen für viele junge Menschen auch 2012 mit „gut" bewerten, betonen die Arbeitnehmer, dass trotz der demografischen Entspannung die Lage auf dem Ausbildungsmarkt enttäuschend bleibe. Die Wirtschaft habe sinkende Bewerberzahlen – seit 2001 gab es einen Rückgang um rund 178.000 – kaum genutzt, um junge Menschen auszubilden, die bisher keine Chance hatten. Im Gegenteil, das Ausbildungsengagement der Unternehmen habe einen historischen Tiefstand erreicht. Auch die Beauftragten der Länder begrüßen die insgesamt positive Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt; weisen dabei jedoch auch darauf hin, dass das duale System der Berufsausbildung nicht unabhängig sei von konjunkturellen Einflüssen und regionalen/strukturellen Disparitäten. Diese sorgten dafür, dass Jugendliche unversorgt bleiben bei gleichzeitig unbesetzten Ausbildungsstellen. Es gebe somit deutliche Passungsprobleme, auf die im Berufsbildungsbericht an mehreren Stellen eingegangen wird. Daher sei rechtzeitig Vorsorge zu treffen, vor allem auch hinsichtlich verbesserter Maßnahmen zur Optimierung der Berufswahl und zur Erhöhung der Qualität der Ausbildung. Dazu gehöre auch, dass der Übergangsbereich zwischen Schule und Ausbildung weiter und noch stärker auf die eigentliche Zielgruppe der Jugendlichen, die noch nicht oder nicht vollständig ausbildungsreif sind, konzentriert werde.

Der Berufsbildungsbericht 2013 kann heruntergeladen werden unter:
http://www.bmbf.de/pub/bbb_2013.pdf

Siehe auch die Stellungnahme des Kooperationsverbunds Jugendsozialarbeit unter Kapitel 7.8

1.5 Datenreport 2013

Der seit 2009 vom BIBB herausgegebene Datenreport erscheint nun zum fünften Mal. Er enthält umfassende Informationen und Analysen zur beruflichen Aus- und Weiterbildung, gibt einen Überblick über Programme des Bundes und der Länder zur Förderung der Berufsausbildung und informiert über internationale Indikatoren und Benchmarks. Schwerpunktthema des BIBB-Datenreports ist in diesem Jahr „Digitale Medien – Entgrenzung von Lernen und Arbeiten". Er ergänzt den Berufsbildungsbericht um einen indikatorengestützten Datenteil. Das mehr als 400 Seiten umfassende Standardwerk liefert – unterlegt mit zahlreichen Tabellen, Schaubildern und Grafiken – aktuelle Daten, Fakten und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in Deutschland.

Nachdem bis vor kurzem nur die Vorabversion vorlag, steht nunmehr die endgültige Fassung des BIBB-Datenreports 2013 als Print-Publikation und als PDF zur Verfügung.

Herunterzuladen unter:
http://datenreport.bibb.de/media2013/BIBB_Datenreport_2013.pdf

1.6 Berechnung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen europäischen Staaten wird derzeit lebhaft diskutiert. Vielfach wird dabei darauf verwiesen, dass zum Beispiel in Griechenland und Spanien jeder zweite Jugendliche arbeitslos sei. Doch diese Aussage ist – will man statistisch korrekt sein - nicht ganz richtig.

Bei internationalen Vergleichen werden in allen Ländern einheitliche Kriterien zugrunde gelegt, im deutschsprachigen Raum spricht man von „Erwerbslosen". Als erwerbslos zählen alle Personen, die in den letzten vier Wochen aktiv auf Arbeitsuche waren und innerhalb von zwei Wochen eine Arbeit aufnehmen können.

Dabei ist es ausreichend, wenn man eine Arbeit von mehr als einer Stunde pro Woche sucht. Um auch Länder unterschiedlicher Größe vergleichen zu können, werden Quoten berechnet.

Die in der öffentlichen Diskussion am häufigsten verwendete Jugenderwerbslosenquote setzt die Zahl der jugendlichen Erwerbslosen nicht ins Verhältnis zu allen 15- bis unter 25-Jährigen in einem Land, sondern nur zu denen, die entweder erwerbstätig oder erwerbslos (Erwerbspersonen) sind. Die jungen Leute, die z.B. noch zur Schule gehen oder studieren, bleiben bei der Ermittlung der Erwerbslosenquote unberücksichtigt. Eine Jugenderwerbslosenquote von 50% bedeutet also nicht, dass jeder zweite Jugendliche ohne Arbeit ist. Sondern sie sagt aus, dass jeder zweite, der arbeitet oder arbeiten will, einen Job sucht.

Will man Aussagen treffen, wie viele Jugendliche in einem Land keinen Job haben, so bietet sich an, die Zahl der erwerbslosen Jugendlichen in Beziehung zur Bevölkerung der gleichen Altersgruppe zu setzen. Im Jahre 2012 waren demnach 9,7% aller jungen Leute in den EU-Staaten erwerbslos, in Deutschland 4,1% und in Spanien 20,6%

In der Berichterstattung der Bundesagentur für Arbeit (BA) werden Kennzahlen verwendet, die nach nationaler Definition erhoben werden. Man spricht dann von „Arbeitslosen". Wer als arbeitslos zu zählen ist, ist gesetzlich geregelt. Gezählt werden Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen und dabei den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit oder des Grundsicherungsträgers zur Verfügung stehen und sich bei der Agentur für Arbeit oder einem Grundsicherungsträger arbeitslos gemeldet haben.

Die Jugendarbeitslosenquote bezieht die Zahl der Arbeitslosen im Alter von 15 bis unter 25 Jahre auf die Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) der gleichen Altersgruppe. Aktuell beträgt sie 5,7%. Das bedeutet: 5,7% der jungen Erwerbspersonen in Deutschland sind arbeitslos gemeldet.

Herunterzuladen unter:
http://www.bagkjs.de/jugendarbeitslosigkeit_interpretation_von_quoten

Quelle: KJS Newsletter vom 17.06. 2013

1.7 Bildungschancen in Deutschland – Chancenspiegel 2013

Bertelsmann Stiftung, Institut für Schulentwicklungsforschung der Technischen Universität Dortmund, Institut für Erziehungswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena (Hrsg.): Chancenspiegel 2013. Zur Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Schulsysteme mit einer Vertiefung zum schulischen Ganztag. Verlag Bertelsmann Stiftung Gütersloh 2013

Der von der Bertelsmann Stiftung und den Universitäten Dortmund und Jena herausgegebene Chancenspiegel analysiert seit dem vergangenen Jahr erstmals für jedes Bundesland, wie gerecht und wie leistungsstark das jeweilige Schulsystem ist. Die diesjährige Neuauflage dokumentiert, wie sich seit dem Schuljahr 2009/10 die Chancen von Schülern verändert haben, soziale Nachteile zu überwinden und ihr Leistungspotenzial auszuschöpfen. Das analysiert der Chancenspiegel in vier Dimensionen: Integrationskraft, Durchlässigkeit, Kompetenzförderung und Zertifikatsvergabe.

Hauptergebnis der aktuellen Ausgabe ist: Mehr Chancengerechtigkeit bleibt die Kernherausforderung der deutschen Schulsysteme – auch wenn es im Vergleich zum Schuljahr 2009/10 positive Tendenzen gibt.

Demnach verlassen weniger junge Menschen die Schule ohne Abschluss, allerdings ist schon in der Grundschule der Bildungserfolg stark von der sozialen Herkunft abhängig. Auch die Durchlässigkeit hat sich nur minimal erhöht, nach wie vor steigen deutlich mehr Schüler in eine Schulform ab als auf. „Insgesamt geht es mit der Chancengerechtigkeit eher im Schneckentempo voran", sagte Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung. Das liege auch daran, dass der Ausbau von Ganztagsschulen nur schleppend vorwärts kommt und die Bedeutung der Förderschulen trotz Bemühungen um mehr Inklusion kaum nachlässt.

Den stärksten Positiv-Trend verzeichnet Deutschland bei den Schulabschlüssen. Der Anteil der Schulabbrecher sank um mehr als sieben Zehntel von 6,9 auf 6,2%. Zugleich stieg der Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife auf ein Rekordhoch – mehr als jeder Zweite (51,1%) erwirbt inzwischen einen Schulabschluss, der zur Aufnahme eines Studiums berechtigt. Stagnation hingegen herrscht beim Kompetenzerwerb: Das Leseverständnis der Grundschüler bewegt sich auf nahezu demselben Niveau wie vor zehn Jahren, und es ist weiterhin stark abhängig von der sozialen Herkunft; damals wie heute liegen die Kinder aus niedrigen Sozialschichten bei der Lesekompetenz durchschnittlich um ein Jahr zurück.

Wenig Veränderung gibt es auch bei der Durchlässigkeit der Schulsysteme. Auf einen Wechsel von einer niedrigeren auf eine höhere Schulart in der Mittelstufe kommen 4,2 Wechsel in umgekehrter Richtung. Zwei Jahre zuvor betrug das Verhältnis zwischen Auf- und Abstieg 1 zu 4,3. Etwas deutlicher verringerte sich die Zahl der Klassenwiederholungen: 2010 blieben in der Sekundarstufe noch 2,9% der Schüler sitzen, zwei Jahre später waren es 2,7%.

„Entscheidend für mehr Chancengerechtigkeit sind die Qualität des Unterrichts und die individuelle Förderung aller Schüler, aber gute Rahmenbedingungen können das natürlich begünstigen", so Wilfried Bos, Direktor des Instituts für Schulentwicklungsforschung an der TU Dortmund. Hoffnungen setzen Bildungsforscher vor allem in die Ganztagsschule – eine Schulform, die nach aktuellen Umfragen zwischen 70 und 80% der Eltern favorisieren (Infratest 2011, Emnid 2012). Damit verglichen macht der Ausbau von Ganztagsangeboten jedoch nur geringe Fortschritte. Der Anteil der Schüler im Ganztagsbetrieb stieg zwischen den Schuljahren 2009/10 und 2010/11 nur von 26,9 auf 28,1%; lediglich knapp 13% aller Schüler besuchen gebundene, also für alle Schüler verpflichtende Ganztagsschulen. „Wenn sich der Ausbau der Ganztagsschulen nicht beschleunigt, dauert es noch mehr als 50 Jahre, bis für alle Kinder genug Plätze vorhanden sind. Dabei bietet gerade die gebundene Ganztagsschule gute Möglichkeiten, den Einfluss der sozialen Herkunft zu verringern", so Dräger.

Auch bei der Inklusion zeigt sich im Chancenspiegel ein gemischtes Bild: Zwar besucht jedes vierte Förderkind mittlerweile eine reguläre Schule, die Bedeutung der Förderschulen verringert sich aber nur langsam: Der Anteil der Schüler, die separat auf gesonderten Schulen unterrichtet werden, sank seit dem Schuljahr 2009/10 nur geringfügig von 5,0 auf 4,8%.

Der Ländervergleich im Chancenspiegel zeigt, dass innerhalb von Deutschland die Unterschiede in allen vier untersuchten Dimensionen äußerst stark ausgeprägt sind. Kein Land allerdings ist überall Spitze oder überall Schlusslicht. Wilfried Bos zufolge haben die Bundesländer jeweils Stärken und Schwächen, alle haben Nachholbedarf. Das Ausmaß der Unterschiede verdeutlichen einige Beispiele: In Mecklenburg-Vorpommern ist der Anteil der Schulabbrecher mit 13,3% fast dreimal so hoch wie im Saarland (4,8%). In Sachsen ist der Abstand zwischen Schülern oberer und unterer Sozialschichten nur etwa halb so groß wie in Bayern. Und während in Brandenburg auf einen Aufwärtswechsel lediglich 1,8 Abwärtswechsel kommen, liegt das Verhältnis in Bremen bei 1 zu 9,8. Starke Unterschiede gibt es auch beim Hochschulzugang: In Nordrhein-Westfalen erreichen 59,1% die Berechtigung zu studieren, in Sachsen-Anhalt nicht einmal 37%.

Fortschritte bei der Chancengerechtigkeit seien nicht zuletzt eine Frage von Investitionen in Bildung, so Dräger. Für zentrale Reformen wie Ausbau der Kitas und Ganztagsschulen, Lehrerbildung oder Inklusion fehle den Ländern jedoch oftmals das Geld. „Die Länder haben in der Bildung zusätzliche Aufgaben bekommen. Dafür brauchen sie auch zusätzliches Geld", so Dräger. Statt einer großen Föderalismusreform über eine Grundgesetzänderung plädierte er für eine pragmatische Variante: „Der Bund kann den Ländern über Artikel 106 für die neuen Aufgaben pauschal mehr Geld zur Verfügung stellen. Im Gegenzug sollten die Länder mehr Transparenz über die Bildungsergebnisse gewähren, damit die sinnvolle Verwendung der Mittel gesichert ist." Dafür könne ein Nationaler Bildungsrat sorgen, der neben der konzeptionellen Unterstützung von Reformen auch regelmäßige Leistungsvergleiche zwischen den Bundesländern verantworten solle.

Der Chancenspiegel versteht sich als ein ergänzendes Instrument der Bildungsberichterstattung. Ziel ist, Chancengerechtigkeit konkret zu erfassen und vergleichbar zu machen, damit Wissenschaft und Politik dieses zentrale Thema besser diskutieren und bewerten können.

Der Chancenspiegel basiert auf einem umfassenden Verständnis von Chancengerechtigkeit, das unterschiedliche Theorieansätze zusammenführt und operationalisiert. In den vier Dimensionen Integrationskraft, Durchlässigkeit, Kompetenzförderung und Zertifikatsvergabe bewertet er ausgewählte Indikatoren aus den amtlichen Statistiken und empirischen Leistungsvergleichsstudien. Ein Gruppenvergleich stellt die Chancenprofile der Bundesländer dar. Alle Informationen sind übersichtlich und grafisch aufbereitet unter www.chancen-spiegel.de. Der Chancenspiegel wird in den kommenden Jahren fortgeschrieben.

Herunterzuladen unter:
http://bildungsklick.de/datei-archiv/md/264/chancenspiegel-2013.pdf

Der Chancenspiegel für die einzelnen Bundesländer kann heruntergeladen werden unter:
http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-A8EEA485-8981C55E/bst/hs.xsl/nachrichten_116881.htm

Quelle:
http://bildungsklick.de/a/88223/chancengerechtigkeit-in-der-bildung-verbessert-sich-nur-langsam/

Siehe auch die Stellungnahme des Deutschen Caritasverbandes unter Kapitel 7.5

(2)
Neuere bildungspolitische Entwicklungen in den Bundesländern

2.1 Baden-Württemberg – Stärkung der beruflichen Bildung geplant

Baden-Württembergs Wirtschaftsminister Nils Schmid (SPD) will die berufliche Bildung fördern. „Wir haben bereits viele junge Leute, die studieren. Jetzt müssen wir die Chancen der dualen Ausbildung herausstellen", sagte Schmid am 26. Juni auf einer Podiumsdiskussion in Baiersbronn. Vor allem auf dem Land würden Facharbeiter benötigt und weniger Akademiker. Unterstützung bekam er vom Chef der Bekleidungsfirma Trigema, Wolfgang Grupp. „Wir brauchen nicht nur Abiturienten, sondern vor allem Techniker für die Produktion", sagte Grupp.

Um Schüler besser auf die Zukunft vorzubereiten, plant die baden-württembergische Regierung das neue Schulfach „Berufsorientierung". Zugleich müssten die Lehrer die duale Ausbildung mehr in den Blick bekommen und ein Gefühl für die Berufswelt entwickeln. Deshalb sei es sinnvoll, jeden Pädagogen zu einer Fortbildung in diesem Bereich zu verpflichten. Gedacht ist dabei daran, dass Lehrer ein Berufspraktikum in den Schulferien absolvieren.

Quelle:
http://bildungsklick.de/a/88323/zu-viele-studenten-zu-wenige-lehrlinge/

2.2 Berlin – Ergebnisse der Schulstrukturreform

Berlin hat sein Schulsystem umgebaut: Durch die Schulreform gibt es seit dem Schuljahr 2010/2011 nur noch zwei weiterführende Schularten im Anschluss an die Grundschule: die Integrierte Sekundarschule und das Gymnasium. Die bisherigen Haupt-, Real- und Gesamtschulen wurden in einer Schulart, der Integrierten Sekundarschule, zusammengefasst. Bereits begonnene Jahrgänge der ehemaligen Haupt-, Real- und Gesamtschulen werden regulär zu Ende geführt und mit den Schulabgängern des Schuljahres 2014/2015 beendet sein.

Das Berliner Schulsystem ist durch die Reform übersichtlicher geworden. Die neue Integrierte Sekundarschule verbindet das gemeinsame Lernen mit dem Angebot des Ganztagsbetriebs bis zur 10. Klasse. Das bedeutet, Schüler mit unterschiedlichen Bildungsempfehlungen profitieren voneinander und sind gleichzeitig stärker und selbstbewusster in der Gemeinschaft. Es bleiben außerdem genügend Raum und Zeit, auf die individuellen Fähigkeiten einzelner Schülerinnen und Schüler einzugehen und sie bestmöglich zu fördern.

Neben dem Gymnasium, das wie bisher zum Abitur führt, bietet die Integrierte Sekundarschule alle Schulabschlüsse einschließlich der Hochschulreife. Ein Wechsel zwischen beiden Schularten ist bei entsprechenden Voraussetzungen und Fremdsprachenfolge möglich:

- Schülerinnen und Schüler werden nach ihren Lernvoraussetzungen und ihrem Lerntempo gefördert und in ihrer Persönlichkeit unterstützt.
- Mit individueller Förderung können mehr Schülerinnen und Schüler zu mittleren oder höheren Abschlüssen geführt werden.
- Die Integrierte Sekundarschule bietet alle Schulabschlüsse – vom Mittleren Schulabschluss (MSA) bis zum Abitur.
- Die Schulabschlüsse Berufsbildungsreife (BB) und erweiterte Berufsbildungsreife (eBB) werden ab 2013/2014 die älteren Hauptschulabschlüsse ersetzen.
- Das Duale Lernen bietet eine praxisnahe Ausbildungs- und Berufsvorbereitung.

- Sekundarschüler haben je nach Leistungsentwicklung zwei oder drei Jahre Zeit, um die gymnasiale Oberstufe zu absolvieren, am Gymnasium dauert die Abiturphase immer zwei Jahre.

Die Mehrheit der Eltern und der Lehrkräfte sind mit der neuen Sekundarstufe (Gymnasium und Integrierte Sekundarschule) offensichtlich zufrieden. Auch die verstärkte Berufsorientierung, das Duale Lernen und der Ganztagsbetrieb an den Sekundarschulen sind hoch akzeptiert. Dies ist das erste Ergebnis der Studie zur Bewertung der Schulstrukturreform. Das neue Verfahren zum Übergang auf die weiterführenden Schulen hat zum Ergebnis, dass über 96% der Schüler einen Platz an einer ihrer Wunschschulen bekommen haben. Auch bei den Eltern, deren Erstwunsch nicht erfüllt werden konnte, zeigt sich überwiegend eine hohe Zufriedenheit mit der besuchten Schule.

Ausführliche Informationen zur Berliner Schulstrukturreform und zu den Ergebnissen der Berlin-Studie finden sich unter:
http://www.berlin.de/sen/bildung/bildungspolitik/schulreform/

Quelle:
http://bildungsklick.de/pm/88065/berlin-studie-zur-schulstrukturreform-hohe-akzeptanz-und-zufriedenheit-mit-der-schulwahl/

2.3 Nordrhein-Westfalen – Entwicklung der Ganztagsschulen

In Nordrhein-Westfalen nehmen im Schuljahr 2012/13 insgesamt 45,8% der 639.687 Grundschüler/-innen ein Ganztags- oder Betreuungsangebot wahr. Dem Statistischen Landesamt NRW zufolge nutzt über ein Drittel (36,3%) der Grundschüler die Betreuungsangebote im Rahmen der „offenen Ganztagsschule", bei der die Kinder an außerunterrichtlichen Angeboten teilnehmen. Weitere 6,3% besuchen die Übermittagsbetreuung und 1,7% die so genannte „Schule von acht bis eins". Ein Prozent der Grundschüler nimmt das Angebot „Dreizehn Plus" (Angebote nach 13 Uhr) wahr.

Neben den genannten, freiwilligen Betreuungsangeboten gibt es in Nordrhein- Westfalen auch so genannte gebundene Ganztagsschulen, bei denen die Angebote für alle Schüler/-innen verpflichtend sind. Diese werden im Schuljahr 2012/13 von 0,5% aller Grundschüler besucht.

Gut 20% der 298.907 Realschüler/-innen und 26,1% der 334.404 Gymnasiasten/-innen in der Sekundarstufe I werden im Schuljahr 2012/13 ganztags unterrichtet oder nutzen Betreuungsangebote, wie beispielsweise die Übermittagsbetreuung. Mehr als die Hälfte (56,8%) der insgesamt 158.837 Hauptschüler/-innen und mehr als vier Fünftel (83,9%) der 5.342 Sekundarschüler/-innen nimmt ein pädagogisches Ganztags- oder Betreuungsangebot in Anspruch. Für die Gesamtschule und die Gemeinschaftsschule ist der gebundene Ganztag in der Regel Konzept: 98,3% der insgesamt 196.654 Gesamtschüler/-innen in der Sekundarstufe I und alle 2.263 Kinder an Gemeinschaftsschulen werden in gebundenen Ganztagsschulen unterrichtet.

Detaillierte Ergebnisse für die Gemeinden, Städte und Kreise in Nordrhein-Westfalen findet man im Internet.

Für das Schuljahr 2012/13 unter:
http://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2013/pdf/108_13.pdf
Für das Schuljahr 2011/12 unter:
http://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2012/pdf/183_12.pdf

Quelle:
http://bildungsklick.de/pm/87761/fast-jeder-2-grundschueler-in-einer-ganztagsschule/

2.4 Niedersachsen – Vorbereitung auf inklusiven Unterricht

Angehende und bereits unterrichtende Lehrer sollen – so die Kultusministerin Frauke Heiligenstadt – zukünftig in Niedersachsen besser auf den Unterricht in inklusiven Bildungseinrichtungen vorbereitet werden.

Ein Problem bei der Einführung inklusiver Bildung an den Schulen sei die ungenügende Steuerbarkeit der Entwicklung. Man wisse nämlich nicht überall, in welchem Umfang die Eltern tatsächlich von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen würden, Kinder mit Förderbe-

darf auf die allgemeinen Schulen zu schicken. Das werde erst nach Abschluss der Anmeldungen möglich sein. Mit Ausnahme der Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen sowie dem Schwerpunkt Sprache könnten sich Eltern in Niedersachsen auch weiterhin für einen Förderschulenbesuch ihrer Kinder entscheiden. Man wolle vorerst bei dieser Doppelstruktur bleiben, weil die Inklusion ja erst nach und nach hochwachsen werde. So werde man sich im nächsten Jahr vertieft mit den inklusiven Förderschwerpunkten Lernen und Sprache auseinandersetzen.

„In Niedersachsen", so die Kultusministerin, „haben wir uns aber für den Weg der prozessartigen Gestaltung entschieden – das heißt, wir werden nach und nach sanft umstellen. Dies erfordert in der Tat einen hohen Ressourcenaufwand. Allerdings darf man nicht vergessen: Wir wollen alle Beteiligten mitnehmen – Lehrkräfte, Eltern, Schulträger –, und dabei müssen wir auch auf vorhandene Traditionen und Strukturen Rücksicht nehmen. Das Verständnis für die inklusive Schule und die inklusive Gesellschaft muss sich entwickeln und kann nicht verordnet werden."

Gleichwohl werde man jetzt Elemente inklusiver Pädagogik in die allgemeine Lehrerbildung einbauen. Das werde zum Teil in den Universitäten und Studienseminaren schon mit angeboten, solle jetzt aber richtig verankert werden. Außerdem werde man in die Lehrerfortbildung investieren. Das dafür vorgesehene Budget über eine Million Euro zeichne sich als unzureichend ab und man prüfe Möglichkeiten der Aufstockung.

Quelle:
http://bildungsklick.de/a/87835/lehrer-werden-besser-auf-inklusion-vorbereitet/

2.5 Hessen – Abwendung der Gymnasien von verkürzter Gymnasialzeit

Fast die Hälfte der 107 öffentlichen Gymnasien in Hessen wendet sich von der verkürzten Gymnasialzeit G8 ab. 39 Schulen werden zum kommenden Schuljahr wieder zu neun Jahren Gymnasium bis zum Abitur (G9) zurückkehren. Elf Gymnasien haben sich für einen Modellversuch angemeldet, G8 und G9 parallel anzubieten.

Nach jahrelanger Kritik an G8 hatte die schwarz-gelbe Landesregierung den Gymnasien im vergangenen Jahr eine Wahlfreiheit zugestanden. „Dass jetzt die Hälfte der Gymnasien wieder zu G9 zurückkehrt, zeigt auch den großen Druck, der auf den Schulen lag", so der Grünen-Abgeordnete Mathias Wagner. Allerdings entstehe nun ein Flickenteppich im Schulangebot, nicht überall hätten Eltern die Wahlfreiheit.

Das Kultusministerium hatte den Gymnasien aufgegeben, einen Wechsel bis Mitte Februar anzuzeigen. Eine rechtlich verbindliche Frist gab es jedoch nicht. Für viele Schulen war die Zeit seit der Gesetzesänderung im Dezember zu kurz, sie haben eine Entscheidung vertagt.

Den Angaben nach kehren mehrere Gymnasien in Frankfurt zurück zu G8, aber keines in Wiesbaden, Darmstadt oder Kassel. Die anderen Schulen, die zum Sommer umstellen wollen, liegen in kleineren Städten um Frankfurt oder im ländlichen Raum. Die SPD will im Fall einer Regierungsübernahme G8 komplett abschaffen. Dagegen bewährt sich der CDU zufolge die Wahlfreiheit. „Unterschiedliche regionale Wünsche und Bedürfnisse der Schulgemeinden erfordern zwangsläufig auch regional unterschiedliche Lösungen und Regelungen."

Die Oppositionsparteien im Landtag bezweifeln, ob die Plätze an den Schulen für eine Rückkehr zu einer 13-jährigen Schulzeit bis zum Abitur ausreichen. Nur gut ein Drittel der Schüler, die im kommenden Schuljahr in den fünften Klassen erwartet werden, habe die Chance zu einem Abitur erst nach 13 Jahren (G9).

Kultusstaatssekretär Alexander Lorz (CDU) sieht dagegen keinen Anhaltspunkt dafür, dass das Angebot für G9 nicht bedarfsgerecht ist. Schließlich gebe es in jedem Schulamtsbezirk mindestens ein Angebot für die dreizehnjährige Schulzeit, wenn man außer den Gymnasien auch die integrierten und die kooperativen Gesamtschulen einrechne.

In acht Städten und Kreisen des Landes werde es im kommenden Schuljahr kein Gymnasium mit G9 geben, rechnete der Grüne Wagner vor. Dort müssten Eltern, die für ihre Kinder diesen Abschluss wollten, auf Gesamtschulen ausweichen.

Quelle:
http://bildungsklick.de/a/86934/jedes-zweite-gymnasium-wendet-sich-von-g8-ab/

2.6 Kooperationsverbot bleibt im Grundgesetz

Das umstrittene Kooperationsverbot von Bund und Ländern in der Bildungspolitik bleibt im Grundgesetz vorerst bestehen. Die ehemalige Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) scheiterte mit ihrem Plan, durch eine Verfassungsänderung das Verbot allein für ausgewählte Projekte in der Wissenschaft zu lockern. SPD und Grüne verlangen die Rücknahme des Kooperationsverbots für den gesamten Bildungsbereich – unter anderem auch für den weiteren Ausbau der Ganztagsschulen durch Bund und Länder. Für das Aus von Schavans Gesetzentwurf gaben sich Regierungslager und Opposition am 1. Februar gegenseitig die Schuld.

Schavan gelang es am Vorabend nicht, die Bildungsminister der 16 Bundesländer für die von ihr angestrebte "kleine Lösung" zu gewinnen. Für eine Grundgesetzänderung ist sowohl im Bundestag wie im Bundesrat eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich.

Die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD) will konkrete Verbesserungen für die Hochschulen wie für den gesamten Bildungsbereich erreichen, sie bedauert, dass mit dem Bund dazu keine Vereinbarungen erzielt werden konnten. Bei den Ländern besteht Ahnen zufolge jedoch zunehmend Konsens darüber, dass bei zentralen Themen wie Ganztagsschule, Einführung des gemeinsamen Unterrichts für Behinderte und Nichtbehinderte (Inklusion), Schulsozialarbeit und Fortführung des Hochschulpaktes neue Wege der Zusammenarbeit erforderlich sind.

Nordrhein-Westfalens Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) zufolge bleiben Bund und Länder aber über sozialpolitische Projekte an den Schulen unterhalb der Schwelle einer Grundgesetzänderung weiter im Gespräch. So wollten Nordrhein-Westfalen und Bayern jetzt gemeinsam in einer Arbeitsgruppe ausloten, welche Bundeshilfen für Schulen etwa nach dem Sozialgesetzbuch möglich seien. Dabei geht es auch um mehr Unterstützung für Kinder aus Hartz-IV-Familien. Die Forderung nach einer Grundgesetzänderung für den gesamten Bildungs- und Wissenschaftsbereich bleibe aber weiter auf der Tagesordnung.

Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) und Unionsfraktionsvize Michael Kretschmer werfen SPD und Grünen Blockadehaltung vor. Ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten sieht Spaenle auf der Länderseite eine wachsende Bereitschaft zur Zusammenarbeit. So werde er zusammen mit Sachsen weiter für einen Bildungs-Staatsvertrag werben, mit dem eine bessere Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen und auch die gegenseitige Anerkennung der Lehrer-Ausbildung gesichert werden soll.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Ulrich Thöne, fordert einen neuen Anlauf zur Abschaffung des Kooperationsverbotes nach der Bundestagswahl.

Quelle:
http://bildungsklick.de/a/86741/kooperationsverbot-bleibt-im-grundgesetz/

2.7 Reckahner Bildungsgespräche

„Gute Schule - Bestandsaufnahme und Perspektive" war das Thema der 8. Reckahner Bildungsgespräche, die der Verband Bildungsmedien e.V. am 23. und 24. Mai 2013 in Reckahn und Potsdam veranstaltete. Rund 60 TeilnehmerInnen aus Wissenschaft, Schulpraxis, Lehrerbildung, Politik und Bildungsverlagen diskutierten über die Folgen von Pisa 2000 und die Voraussetzungen gelingenden Lehrens und Lernens.
Schulen sind hochkomplexe soziale Gebilde, die überaus divergierenden gesellschaftlichen und persönlichen Anforderungen genügen sollen: Welche Merkmale weist eine gute Schule aus? Wie kann Schulentwicklung gelingen? Welche Rollen kommen den Akteursgruppen zu? Was soll insbesondere die Schulleitung leisten? Diese Fragen erörterten auf dem Eröffnungspodium Prof. Dr. Eckhard Klieme (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt am Main) Sylvia Löhrmann (Ministerin für Schule und Weiterbildung NRW) und Regina Pötke (Vorstand Bildung bei der Roland Berger Stiftung).

Die Befunde der internationalen und nationalen Schulleistungsuntersuchungen haben heftige Diskussionen über die Leistungsfähigkeit unseres gesamten Schul- und Bildungssystems provoziert und eine Vielzahl von Maßnahmen vor allem auf der Ebene der KMK und der 16 Bundesländer ausgelöst. Die Frage, ob unsere Schulen seit PISA 2000 besser geworden seien, betrachteten danach Prof. Dr. Hans Anand Pant (Direktor des Instituts

zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) an der Humboldt-Universität zu Berlin), Prof. Dr. Hans Brügelmann (Fachreferent für Qualitätsentwicklung beim Grundschulverband) und Cornelia von Ilsemann (Senatsdirektorin bei der Senatorin für Bildung und Wissenschaft Bremen und ehemalige Vorsitzende des KMK-Schulausschusses).

Von der theoretischen Erkenntnis, was eine „gute Schule" ausmacht, bis zur praktischen Umsetzung im Unterricht ist ein weiter Weg, Scheitern nicht ausgeschlossen. Wie gelingt es, an der einzelnen Schule eine „Kultur der Potenzialentfaltung" in Gang zu setzen und am Laufen zu halten? Wie gelingen Veränderungsprozesse vor Ort? Dem gingen am zweiten Veranstaltungstag OStD Bernhard Gödde (Leiter des Gymnasiums Schloss Neuhaus, Paderborn), Barbara Riekmann (ehemalige Schulleiterin der Max-Brauer-Schule in Hamburg, Schulpreisträgerin 2006) und Prof. Dr. Herbert Altrichter (Institut für Pädagogik und Psychologie an der Johannes Kepler Universität Linz) nach.

Abschließend erläuterte Bischof Dr. Dr. Wolfgang Huber (Ehemaliger Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland) im Gespräch mit Wissenschaftsjournalist Peter Kalb unter dem Motto „Schulaufgaben – wie ich sie sehe" die veränderten Anforderungen an Schule in Zeiten von Globalisierung und demografischem Wandel.

Die Reckahner Bildungsgespräche sind eine Veranstaltungsreihe des Verband Bildungsmedien in Kooperation mit der Universität Potsdam, der Humboldt-Universität zu Berlin und der Technischen Universität Dresden. Sie bieten ein Gesprächsforum, auf dem die Ziele der Bildungsreformen und deren Umsetzung konstruktiv hinterfragt und abseits der tagespolitischen Zwänge diskutiert werden.

Der vollständige Tagungsbericht kann heruntergeladen werden unter:
http://bildungsklick.de/a/87958/schule-veraendert-leistungskluft-bleibt/

Quelle:
http://www.bildungsmedien.de/veranstaltungen/reckahner-bildungsgespraeche/reckahn-2013/

(3)
Ergebnisse neuer bildungspolitischer Studien

3.1 Berufsbildungs-PISA – Erste Ergebnisse

Das Institut für Berufsbildungsforschung der Universität Bremen (IBB) hat in Hessen, Südafrika und China die Kompetenzen von angehenden Industriemechanikern und KFZ-Mechatronikern getestet. Für alle drei Länder gilt: Die Heterogenität der Leistungen ist groß, die Zahl der Risikoschüler innerhalb vergleichbarer Klassen sehr verschieden.

Das Institut für Berufsbildungsforschung der Universität Bremen (IBB) hat jetzt die neuesten Ergebnisse des KOMET-Testverfahrens veröffentlicht. Es wurde 2007 von Felix Rauner entwickelt und untersucht in einer Längsschnittstudie die Kompetenzen, die Auszubildende im zweiten und dritten Ausbildungsjahr erworben haben. Begonnen hat KOMET in den Bundesländern Hessen und Bremen im Berufsfeld Elektrotechnik. Im Laufe der Jahre sind immer mehr Berufe und Länder hinzugekommen, so dass schrittweise eine internationale vergleichende Kompetenzdiagnostik durch das IBB entwickelt wird.

Beteiligt an der Testung 2011 und 2012 waren insgesamt 1200 Auszubildende und Studierende der dualen Berufsbildung, aus Berufsfachschulen und Fachhochschulen in Hessen, Südafrika und China. Im Mittelpunkt standen Industriemechaniker und KFZ-Mechatroniker. Für die Auswertung der Tests haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts zuvor nahezu 100 Lehrerinnen und Lehrer in den drei Ländern geschult. Das IBB führt die Daten zusammen und stellt die Auswertungen Lehrern, Ausbildern, Politikern und Bildungsbehörden zur Verfügung. Entwickelt wurden realitätsnahe Testaufgaben, die eine Situation aus der jeweiligen Arbeitswelt aus Kundenperspektive beschreiben. Jeder Testteilnehmer löst eine solche komplexe Aufgabe in zwei Stunden Bearbeitungszeit. Dabei geht es um Kompetenzen wie Funktionalität, Nutzerfreundlichkeit, Effizienz, Wirtschaftlichkeit und Kreativität, insgesamt werden acht Bereiche bewertet.

Hessen: Weiterentwicklung der Kompetenzen stagniert im letzten Ausbildungsjahr
Für alle drei Länder gilt: Die Heterogenität der Leistungen ist groß, die Zahl der Risikoschüler innerhalb vergleichbarer Klassen sehr verschieden. Besonders ausgeprägt ist sie aber in Deutschland, weil hier die Eingangsselektion nicht so hoch ist wie in anderen Ländern. In Hessen erreichen in einzelnen Lerngruppen bis zu 60% der Schüler die höchste Niveaustufe von insgesamt vier Stufen. In anderen Testgruppen erreicht keiner der Testpersonen das höchste Kompetenzniveau. Vom vorletzten zum letzten Ausbildungsjahr, so ein weiterer Befund, stagniert in der dualen Berufsausbildung in Deutschland die Weiterentwicklung der Kompetenzen trotz Einführung neuer fachlicher Inhalte. Werden dann Lehr- und Lernformen nach dem KOMET-Kompetenzmodell eingeführt, gibt es oft einen regelrechten Schub in der Kompetenzentwicklung.

China: Im Praxisjahr gehen Kompetenzen verloren
In China ist die Ausbildung anders strukturiert. Auf zwei Jahre schulischer Ausbildung folgt ein Jahr Ausbildung im Betrieb. In diesem Praxisjahr sinkt sogar die Fähigkeit, komplexe Aufgaben zu lösen. Schuld daran, so Projektleiter Felix Rauner, sei der Umgang mit den Jugendlichen in den Unternehmen. Hier werden sie als billige Hilfskräfte eingesetzt, die Ausbilder erfüllten die didaktischen und fachlichen Anforderungen nicht und die Verzahnung zwischen Schule und Betrieb fehle.

Afrika: Kein Kompetenzuwchas vom 1. bis 3. Ausbildungsjahr
Rauner berichtet auch von einem „dramatischen Befund" in Südafrika. Das Kompetenzniveau bei Elektronikern habe sich vom ersten bis zum dritten Ausbildungsjahr nicht erhöht. Dies läge an der Ausbildung in Modulen, die nicht im Sinne komplexer Aufgabenstellungen Bezug aufeinander nehmen. Es wird daher kein Zusammenhangsverständnis entwickelt.

Die Ergebnisse werden allen Beteiligten in den Ländern zur Verfügung gestellt. Lehrer und Ausbilder bekommen genaue Einblicke in die Leistungsfähigkeit ihrer Schüler, kön-

nen ihre eigenen fachdidaktischen Fähigkeiten überprüfen und den Aufgabentyp der komplexen Problemlösung im Unterricht etablieren. Rauner: „Erste Erfolge sind im Vergleich der Testungen 2011 und 2012 bereits sichtbar, das Interesse an dieser Form der Qualitätsentwicklung beruflicher Bildung ist in den bisher beteiligten Ländern sehr groß."

Quelle:
http://bildungsklick.de/a/87924/berufsbildungs-pisa-erste-ergebnisse/

3.2 Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen

DIPF/DJI/IFS/Justus-Liebig-Universität Gießen: GANZTAGSSCHULE 2012/2013. Deskriptive Befunde einer bundesweiten Befragung. Frankfurt am Main, Dortmund, Gießen & München Mai 2013

Der vom Forschungsteam der „Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen – StEG" vorgelegte Bericht „Ganztagsschule 2012/2013" ist das Ergebnis einer bundesweit repräsentativen Online-Befragung von 1.300 Leitungen von Schulen mit Ganztagsangeboten. Die 2012 in die zweite Laufzeit gestartete StEG-Studie ist ein Kooperationsprojekt des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), des Deutschen Jugendinstituts (DJI), des Instituts für Schulentwicklungsforschung der Technischen Universität Dortmund (IFS) sowie der Justus-Liebig-Universität Gießen. Gefördert wird StEG aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) sowie des Europäischen Sozialfonds (ESF) der Europäischen Union.

Die Studie belegt dem Sprecher des Teams, Professor Dr. Eckhard Klieme vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), zufolge die Vielfalt der Ganztagsschullandschaft in Deutschland, denn Ganztagsangebote werden landes- und schulformspezifisch unterschiedlich konzipiert, ausgestaltet und genutzt. So sind z.B. in den ostdeutschen Bundesländern die Teilnahmequoten höher, die Tagesöffnungszeiten länger und die konzeptionellen Ziele stärker auf die „Erweiterung der Lernkultur" sowie auf „Kompetenzorientierung und Begabungsförderung" gerichtet als in den westdeutschen Ländern. Weiterhin ist die Angebots- und Tagesstruktur in Gymnasien stärker fachbezogen und unterrichtsorientiert als an anderen Schulen der Sekundarstufe I. Und Grundschulkinder nehmen am Ganztag sehr viel häufiger teil als Jugendliche im Sekundarbereich.

Die Ergebnisse lassen sich drei zentralen Themen zuordnen:
(1) Organisationsform und Rahmenbedingungen, unter denen Ganztagsschulen arbeiten, (2) individuelle Förderung und (3) Fragen der Chancengleichheit.

1. Organisationsform und Rahmenbedingungen
Zuverlässige Öffnungs- und Betreuungszeiten, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen, zeichnen vor allem die Grundschulen aus. Die meisten Ganztagsgrundschulen sind an mindestens vier Tagen geöffnet. In den neuen Bundesländern und Berlin – also dort, wo Schulen mit eigenständigen Horten kooperieren – sind die Betreuungszeiten deutlich umfangreicher, so dass die Arbeitszeiten der Eltern besser abgedeckt werden können.

Die meisten Ganztagsschulen organisieren die Teilnahme am Ganztagsbetrieb in freiwilliger Form in „offenen Ganztagsschulen". Insbesondere in der Grundschule ist dies das mit Abstand häufigste Organisationsmodell der Ganztagsschule (in 80% der Schulen). Grundschulen weisen auch bei freiwilliger Teilnahme besonders hohe Teilnahmequoten von durchschnittlich 50% auf. Insgesamt berichten die Schulleitungen über eine kontinuierliche, in Grundschulen sogar wachsende Nachfrage und Akzeptanz. In den Grundschulen zeichnen sich sogar bereits Kapazitätsengpässe ab.

Entwicklungsbedarf besteht weiterhin bei der finanziellen und personellen Ausstattung. Als problematisch beschreiben die Schulleitungen schulformübergreifend die Rekrutierung von Personal und, damit zusammenhängend, häufig die (Unter-)Finanzierung des Ganztagsbetriebs. Zwischen 30 und 45% der Schulleitungen geben an, dass die finanziellen, personellen und räumlichen Ressourcen dem angestrebten beziehungsweise praktizierten Konzept ihrer Ganztagsschule nicht entsprechen.

Insbesondere im ländlichen Raum haben Ganztagsschulen mit Problemen bei der Gewinnung von Personal und von Kooperationspartnern zu kämpfen. Gleichwohl arbeitet der weit überwiegende Teil bereits mit Kooperationspartnern zusammen.

2. Individuelle Förderung

Die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler ist insgesamt ein wichtiges Ziel deutscher Ganztagsschulen. Sie bieten umfangreiche und vielfältige Bildungsangebote: Hausaufgabenbetreuung, Förderangebote, sportliche und musisch-kulturelle Angebote gehören zum Standard. Allerdings finden sich fachliche Angebote zu Themen wie Mathematik, Naturwissenschaften oder Fremdsprachen häufiger in Gymnasien als in anderen weiterführenden Schulen. Laut DIPF sollte dies mit Blick auf eine individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler, unabhängig von Leistungsstand und familiärer Herkunft, kritisch hinterfragt werden.

Eine individuelle fachliche Förderung kann nach Meinung vieler Expertinnen und Experten dort am besten geleistet werden, wo Ganztagsangebote mit dem Unterricht in Verbindung stehen. Dementsprechend hat die Kultusministerkonferenz die Verknüpfung von außerunterrichtlichen Ganztagselementen mit dem Unterricht als ein zentrales Kriterium von Ganztagsschule festgeschrieben. Tatsächlich geben in allen Schularten mindestens drei Viertel der Schulleitungen an, dass Lernprobleme und -defizite aus dem Unterricht in Lern- und Förderangeboten und Aufgabenzeiten aufgearbeitet werden. Dennoch sind an etwa der Hälfte der Schulen Angebote und Unterricht immer noch wenig miteinander verknüpft. In Grundschulen und Schulen mit Sekundarstufe (ohne Gymnasien), die schon längere Erfahrung als Ganztagsschule haben, sind Angebote und Unterricht eher verknüpft als in neueren Ganztagsschulen. Auch im Hinblick auf die aktive Mitwirkung von Lehrkräften im Ganztag und die Etablierung fester Kooperationszeiten für das gesamte Personal zeigen sich Vorteile bei den älteren Ganztagsschulen. Für die Qualitätsentwicklung benötigen Ganztagsschulen Zeit, so ein weiteres Ergebnis der Studie.

3. Chancengleichheit

Sollen herkunftsbedingte Ungleichheiten mit der Ganztagsschule abgebaut werden, müssen Schülerinnen und Schüler möglichst regelmäßig am Ganztagsangebot teilnehmen. Allerdings sind die Teilnahmequoten in Schulen mit freiwilliger Teilnahme in der Sekundarstufe I auch 2012 noch stark ausbaufähig. Zudem erhalten Gymnasiasten im Ganztag mehr fachbezogene Angebote als andere Jugendliche, und die Gymnasien kooperieren eher mit Institutionen der musisch-kulturellen Bildung, während andere Schulen der Sekundarstufe I enger mit Betrieben, Unternehmen und der Arbeitsagentur zusammenarbeiten. Diese Unterschiede in der Angebotsstruktur können ungleiche Bildungschancen verfestigen, so Thomas Rauschenbach vom DJI.

Die Studie zeigt weiterhin, dass gerade an Ganztagsschulen mit freiwilliger Teilnahme häufiger ein Teilnahmebeitrag erhoben wird. Aber auch in anderen Ganztagsschulen fallen – neben den Kosten für das Mittagessen – Elternbeiträge für regelmäßige oder unregelmäßige Aktivitäten an. Mit Blick auf die Teilnahme von Kindern aus ressourcenärmeren Familien sei die Frage der Kosten des Ganztagsbetriebes zu überdenken, heißt es im Fazit der Autorinnen und Autoren.

Der vorgelegte Bericht ist als Indikatorenbericht zu verstehen, der Einblick in den gegenwärtigen Zustand der bundesdeutschen Ganztagsschullandschaft gibt. Vertiefende und ergänzende Ergebnisse bezüglich der pädagogischen Qualität von Ganztagsangeboten und ihren Wirkungen über die Schullaufbahn und darüber hinaus sind aus den 2013 beginnenden Teilstudien von StEG zu erwarten.

Weitere Informationen zur Studie finden sich unter:
www.projekt-steg.de/ticker

Der Gesamtbericht mit detaillierter Ergebnisdarstellung kann heruntergeladen werden unter:
http://www.projekt-steg.de/sites/default/files/Bundesbericht_Schulleiterbefragung_2012_13.pdf

3.3 Studie zum Bildungs- und Qualifikationsniveau von Einwanderern

Herbert Brücker: Auswirkungen der Einwanderung auf Arbeitsmarkt und Sozialstaat: Neue Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für die Einwanderungspolitik. Bertelsmann Stiftung 2013

Einwanderer in die Bundesrepublik haben laut einer vom IAB im Auftrag der Bertelsmann Stiftung erstellten Studie inzwischen ein höheres Bildungs- und Qualifikationsniveau als die deutsche Bevölkerung. So haben heute 43% der Neuzuwanderer zwischen 15 und 65

Jahren einen Meister, Hochschul- oder Technikerabschluss. Bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund gilt dies nur für 26%.

Nach der Analyse des Arbeitsmarktforschers Herbert Brücker, Forschungsbereichsleiter am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg, ist das Qualifikationsniveau der Zuwanderer nach Deutschland seit dem Jahr 2000 langsam aber stetig gestiegen. Das in der Öffentlichkeit immer noch existierende Bild, es kämen nur Geringqualifizierte aus dem Ausland nach Deutschland, stimmt so nicht mehr.

Die Studie spricht von einer „neuen Struktur der Zuwanderung". Der Sozialstaat werde vom Zuzug Qualifizierter nicht belastet, vielmehr profitierten die Sozialkassen wie Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung davon. Diese „Wohlfahrtsgewinne" würden umso größer ausfallen, je mehr qualifizierte Einwanderer nach Deutschland kämen.

Brücker widerspricht auch der These, mehr Zuwanderung drücke automatisch das Lohnniveau in Deutschland. Ohne Einwanderung werde das Potenzial an Erwerbstätigen bis 2050 von heute 45 auf 27 Millionen Menschen sinken.

Bertelsmann-Stiftungsvorstand Jörg Dräger wirbt deshalb für eine strategische Neuausrichtung der Einwanderungspolitik. Die Bundesrepublik dürfe sich nicht darauf verlassen, dass der aktuelle Zuzug aus den südeuropäischen Krisenländern unvermindert anhalte. Deshalb müssten auch Nicht-EU-Staaten stärker in den Blick genommen werden.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes zogen 2012 über eine Million Menschen nach Deutschland, so viele wie zuletzt 1995. Das deutlich gestiegene Ausbildungsniveau der Neu-Zuwanderer aus jüngster Zeit hat der Analyse zufolge bislang aber noch wenig Einfluss auf die Qualifikation der insgesamt in Deutschland lebenden Migrantengruppe. Danach ist das Bildungsgefälle nach wie vor hoch: Von den Migranten im erwerbsfähigen Alter verfügen in Deutschland 42% über keinen beruflichen Bildungsabschluss. Bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund sind dies nur 12%.

Um dauerhaft mehr qualifizierte Fachkräfte ins Land zu locken, empfiehlt die Bertelsmann Stiftung „ein Paket aus neuen Einwanderungsregeln, reformiertem Staatsbürgerschaftsrecht und besserer Willkommens- und Anerkennungskultur". Sie verweist darauf, dass vier von zehn Zuwanderern aus Nicht-EU-Staaten, die 2009 in die Bundesrepublik gekommen seien, das Land bereits wieder verlassen hätten.

Die Bertelsmann Stiftung schlägt eine „Schwarz-Rot-Gold-Karte" für Hochqualifizierte und Fachkräfte in Mangelberufen vor, die nach einem Punktesystem vergeben werden sollte. Dabei müssten das Qualifikationsprofil des Einwanderers wie auch der Bedarf des deutschen Arbeitsmarkts berücksichtigt werden. Diese Karte sollte eine unbeschränkte Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung garantieren und eine zügige Einbürgerung in Aussicht stellen.

„Bildungszuwanderer" wie Studierende und temporäre Fachkräfte sollten befristete Aufenthaltsgenehmigungen erhalten, deren Gesamtzahl flexibel zu steuern sei. Dazu gehöre auch eine unkomplizierte Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung für ausländische Studenten mit Perspektive auf einen dauerhaften Verbleib in Deutschland.

Die Studie kann heruntergeladen werden unter:
http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-6F0C53DC-A120CA48/bst/xcms_bst_dms_37927__2.pdf

Quelle:
http://bildungsklick.de/a/87886/studie-neue-zuwanderer-immer-besser-ausgebildet/

3.4 Studie zum Wohnungsangebot für arme Familie in Großstädten

Wohnungsangebot für arme Familien in Großstädten. Eine bundesweite Analyse am Beispiel der 100 einwohnerstärksten Städte. Eine Studie von Timo Heyn, Reiner Braun und Jan Grade (empirica AG) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

In mehr als jeder zweiten größeren Stadt erhöhen die Mietpreise das Armutsrisiko von Kindern. Vielerorts herrscht ein erheblicher Mangel an Wohnungen, die für Familien geeignet und auch bei niedrigem Einkommen erschwinglich sind. Kinder wachsen daher längst nicht nur dann in armen Verhältnissen auf, wenn ihre Familie staatliche Grundsicherung bezieht. Eine aktuelle Studie der empirica AG im Auftrag der Bertelsmann Stiftung belegt: Wer als Familie weniger als 60% des ortsüblichen mittleren Einkommens

verdient, hat in 60 der 100 größten deutschen Städte nach Abzug der Miete im Durchschnitt weniger Geld zur Verfügung als eine Hartz-IV-Familie. „Familien aus der unteren Mittelschicht und oberen Unterschicht geraten in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt finanziell stark unter Druck. Armut muss in Deutschland stärker regional erfasst und bekämpft werden", stellt die Bertelsmann Stiftung fest.

Wer ist in Deutschland eigentlich arm? Die Frage ist nicht leicht zu beantworten, weil bislang alle Armutsdefinitionen zu mehr oder weniger starken Verzerrungen führen. Das liegt zum einen daran, dass eine bundesweit einheitliche Armutsgrenze regionale Unterschiede der Lebenshaltungskosten außer Acht lässt – ein Einkommen von 2.000 Euro ist etwa in Zwickau ungleich mehr wert als in Hamburg. Zum anderen hat auch die übliche relative Definition von Armut ausschließlich anhand der regionalen Durchschnittseinkommen nur eingeschränkte Aussagekraft: Wer in einer sehr wohlhabenden Stadt weniger als 60% des durchschnittlichen Einkommens verdient, ist sicherlich im Vergleich weniger wohlhabend, aber nicht notwendigerweise arm. Die Bertelsmann Stiftung verfolgt in der vorliegenden Studie deshalb einen neuen Ansatz: Sie berechnet für die 100 größten deutschen Städte, was eine nach regionalen Maßstäben einkommensschwache vierköpfige Familie monatlich ausgeben kann, nachdem sie die Kosten für das mit Abstand teuerste Konsumgut beglichen hat – das Wohnen.

Die Ergebnisse der Studie zeigen zum Teil drastische Auswirkungen des Wohnungsmarkts auf das Budget von Familien, die weniger als 60% des ortsüblichen mittleren Einkommens erzielen: In Jena bleiben einer Familie mit zwei Kindern nach Überweisung der Miete rechnerisch nur 666 Euro pro Monat. Das verfügbare Einkommen liegt demnach 43% unter der staatlichen Grundsicherung, auf die eine vergleichbare Familie ohne Erwerbseinkommen Anspruch hat und die bundesweit einheitlich 1.169 Euro beträgt. Ähnliche Auswirkungen haben die hohen Wohnkosten in Frankfurt/Main, Freiburg und Regensburg, wo Familien mit geringem Einkommen nach Entrichtung der Miete durchschnittlich 37, 33 und 26% unter Hartz-IV-Niveau landen. „Armut beeinträchtigt das Aufwachsen von Kindern. Wir müssen vor Ort genauer hinschauen, welche Familien mit Kindern mehr Unterstützung für gute Bildungs- und Entwicklungschancen benötigen", so die Studie.

Das regionale Einkommens- und Mietpreisniveau kann sich aber auch umgekehrt bemerkbar machen: In Heilbronn, wo relativ hohe Durchschnittseinkommen auf einen entspannteren Wohnungsmarkt treffen, hat eine Familie unter denselben Annahmen monatlich 1.941 Euro zur Verfügung, mithin 66% mehr als die staatliche Grundsicherung. Auch in Iserlohn, Witten und Bergisch-Gladbach sinkt durch günstigere Mieten das Armutsrisiko für Familien mit Kindern. Dort liegt das Budget von einkommensschwachen Familien nach Abzug der Wohnkosten 53, 48 und 45% oberhalb der staatlichen Grundsicherung.

Dementsprechend unterschiedlich hoch ist der Anteil der Wohnkosten am Familieneinkommen. In Frankfurt/Main, Jena, Freiburg und München geben Familien mit niedrigem Einkommen durchschnittlich mindestens jeden zweiten Euro für die Miete aus. In Iserlohn und Witten hingegen bleiben 80% des Familieneinkommens für sonstige Lebensbereiche.

Möchte eine Familie maximal 30% ihres Einkommens – das ist der bundesweite Durchschnittswert – fürs Wohnen ausgeben, tendiert mancherorts das Angebot auf dem Wohnungsmarkt gegen null. In Frankfurt am Main, Offenbach, Freiburg, Konstanz, München, Potsdam und Jena können sich dann Familien mit niedrigen Einkommen von allen familiengeeigneten Angeboten nur jede hundertste Wohnung leisten. Anders in Hildesheim und Zwickau, wo sich mit 30% des Familieneinkommens mehr als 40% der angebotenen Wohnungen finanzieren lassen. Die Studie vermittelt auch einen Eindruck davon, wie der Wohnungsmarkt die soziale Spaltung einer Stadt verstärken kann. Denn in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt gibt es nur noch wenige Stadtteile, in denen einkommensschwache Familien eine nennenswerte Zahl von bezahlbaren Wohnungen finden.

Strukturdaten der Städte erlauben laut der Studie nur bedingt Rückschlüsse auf die Entwicklung des örtlichen Wohnungsmarkts. Die Wirtschaftskraft einer Stadt ist ebenso wenig allein ausschlaggebend für das Mietniveau wie das quantitative Angebot an Wohnungen, die von Größe und Zuschnitt für Familien geeignet sind. Am ehesten ist noch ein Zusammenhang zur demographischen Entwicklung festzustellen – in wachsenden Städten schrumpft tendenziell der Wohnungsmarkt im unteren Preissegment. „Der kommunale Wohnungsmarkt hat einen erheblichen Einfluss auf das Armutsrisiko von Kindern", so die Studie. „Neben wohnungsmarktpolitischen Entscheidungen bedarf es in erster Linie

einer gezielten Förderung von benachteiligten Stadtvierteln, um armen Kindern bessere Entwicklungs- und Bildungschancen zu bieten."

Die Studie wurde im Rahmen des Projektes „KECK: Kommunale Entwicklung – Chancen für Kinder" erstellt, dessen Ziel es ist, ein gelingendes Aufwachsen aller Kinder durch bedarfsgerechten Einsatz kommunaler Ressourcen zu unterstützen.

Siehe dazu auch den KECK-Atlas, den die Bertelsmann Stiftung den Kommunen kostenlos zur Verfügung stellt.

Die Studie kann heruntergeladen werden unter:
http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-2E8628B2-894930D0/bst/xcms_bst_dms_38453_38454_2.pdf

3.5 Deutschlandbericht der OECD-Studie „Skills beyond School"

A Skills beyond School Review of Germany. OECD Reviews of Vocational Education and Training, von Mihály Fazekas and Simon Field. OECD 2013

In einer neuen Studie hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) das duale Berufsbildungssystem in Deutschland gelobt. Der Übergang von der Schule ins Arbeitsleben verlaufe in Deutschland „bemerkenswert reibungslos", heißt es im neuen Deutschlandbericht der Studie „Skills beyond School". Über 90% der 15- bis 24-Jährigen hätten 2008 nach Abschluss der Schule eine Beschäftigung gefunden oder ihre Bildungslaufbahn fortsetzen können. Dies sei ein im internationalen Vergleich hoher Prozentsatz.

In der Studie hebt die OECD hervor, dass das gut ausgebaute Berufsausbildungssystem mit einer relativ geringen Abbrecherquote es jungen Menschen gestatte, gut vorbereitet in den Arbeitsmarkt einzutreten und Arbeitsplätze zu finden, die ihrer Ausbildung und ihrem Qualifikationsniveau entsprechen. Gelobt wird von der OECD auch, dass in Deutschland die Sozialpartner in das duale System "bemerkenswert gut eingebunden" seien.

Anerkannt werden ausdrücklich auch die Reformen der letzten Jahre zur Verbesserung der Wege und Möglichkeiten von beruflich Qualifizierten zur Aufnahme eines Hochschulstudiums. Angesichts der bisher noch nicht ausreichenden Beteiligung an diesen Möglichkeiten empfiehlt die OECD, in diesem Bereich weiter am Abbau der entsprechenden Hindernisse zu arbeiten. Dies erfolgt bereits etwa über die vom BMBF geförderte Initiative ANKOM III, in deren Rahmen an 20 Hochschulen unterschiedliche Maßnahmen für das Studium von beruflich Qualifizierten finanziert werden.

Quelle:
http://www.bmbf.de/_media/press/Pm0705-079_(2).pdf

3.6 Europas Schüler wollen länger lernen

Die meisten Schüler in Europa wollen so lange wie möglich die Schulbank drücken und sich nicht frühzeitig auf einen Berufsweg festlegen. Den Jugendlichen gehe es vor allem darum, sich Wahlmöglichkeiten offen zu halten, so der Schulforscher Andreas Walther, Leiter des Projekts „Regulierung von Bildungsverläufen in Europa" (Goete – Governance of Educational Trajectories in Europe). Das deutsche dreigliedrige Schulsystem mache ihnen das aber schwer. Nach dem Ergebnis einer internationalen Studie in acht europäischen Ländern möchten in Deutschland 75% der Schüler nach der neunten oder zehnten Klasse weiter zur Schule gehen, auch gegen den Rat von Lehrern.

Im Durchschnitt der acht untersuchten Länder – neben Deutschland Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Polen und Slowenien – wollten 71% der Schüler weiter zur Schule gehen. Für die Studie füllten mehr als 12.000 Schüler, Lehrer, Eltern und Fachleute in den acht beteiligten Ländern Fragebögen aus.

„Nach zehn Jahren Schule ist die Entscheidung für einen Beruf zu früh", so Walther. Das deutsche System mit Übergängen an andere Schulen nehme die Motivation zum Weiterlernen und dränge die Jugendlichen, sich zu entscheiden. Schulwechsel sind immer Sollbruchstellen. Anders in Finnland und Slowenien: Dort lernen alle Kinder neun Jahre gemeinsam, in allen Schulen arbeiten Lehrer und Sozialarbeiter, und alle weiterführenden

Bildungsgänge führen zur Hochschulreife. Damit haben auch Kinder aus sozial benachteiligten Familien bessere Chancen.

Weitere Informationen unter:
http://www.goete.eu/

Quelle:
http://bildungsklick.de/a/87254/europas-schueler-wollen-laenger-lernen/

3.7 Reader Schulsozialarbeit – Band 1

Deutsches Rotes Kreuz e.V. (Hg.): Reader Schulsozialarbeit – Band 1. Aktuelle Beiträge und Reflexionen eines vielschichtigen Theorie- und Praxisfeldes. Berlin 2013

Der vorliegende Reader der Schulsozialarbeit, Band 1, bündelt die wichtigsten Ergebnisse der zum Themenbereich Schulsozialarbeit in den vergangenen Jahren veröffentlichten Tagungsbeiträge, Expertisen und Handreichungen. Er ist in sechs Kapitel gegliedert mit folgenden Schwerpunkten: Grundlagen der Schulsozialarbeit (Kapitel A); Bildungspolitik, Vielfalt und Inklusion (Kapitel B); Armutsprävention, Partizipation und Teilhabe (Kapitel C); Prävention und Gesundheitsförderung (Kapitel D); Abbau von Jugendarmut durch Stärkung beruflicher Übergänge (Kapitel E); Aspekte der Qualitätsentwicklung (Kapitel F). Ein Anhang gibt einen Überblick über die fachpolitische Arbeit des DRK im Themenfeld Jugendsozialarbeit zwischen 2009 und 2012 (Kapitel G).

Die Beiträge in diesem Band bilden dabei aktuelle Diskurslinien ab, die die Vielschichtigkeit des Theorie- und Praxisfeldes der Schulsozialarbeit exemplarisch verdeutlichen. Das Feld der Schulsozialarbeit wird aus rechtlicher, fachpolitischer, erziehungswissenschaftlicher und bildungspolitischer Perspektive konturiert.

Ziel des vorliegenden Readers ist es, interessierten Leserinnen und Lesern der Fachpraxis und Fachöffentlichkeit, aus Schule, Jugendhilfe, Wissenschaft, Politik und Verwaltung (Denk)Räume zu eröffnen und neue Impulse zu setzen, sich eingehend mit den kreativen Potentialen und Möglichkeiten, Herausforderungen und Perspektiven einer erfolgreichen Kooperation von Jugendhilfe (Jugendsozialarbeit) und Schule zu beschäftigen und den Ausbau der Schulsozialarbeit bundesweit auf allen Ebenen der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule voranzubringen.

Der Reader kann heruntergeladen werden unter:
http://www.jugendsozialarbeit.de/media/raw/reader_schulsozialarbeit_2013_band1.pdf

3.8 Studie zum Thema „Inklusive Gesellschaft"

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (Hg.): Inklusive Gesellschaft – Teilhabe in Deutschland. Kinder und Jugendliche: Teilhabe in der Schule. Frankfurt am Main 2013

Das AWO-ISS-Projekt „Inklusive Gesellschaft - Kinder und Jugendliche in ihrer Teilhabe in der Schule fördern" ist der Frage nachgegangen, wie Jugendhilfe in der Kooperation mit Schule soziale Inklusion und individuelle Teilhabe von Kindern und Jugendlichen fördern und Schule als Ort der Lebenswelt förderlich mit gestalten kann. Auf der Grundlage eines weit gefassten Inklusionsverständnisses und der Ergebnisse von Experteninterviews wurde ein Modell entwickelt, welches auf den unterschiedlichen Ebenen der Kulturen, Strukturen und Praktiken Zugangsmöglichkeiten und Handlungsansätze von Jugendhilfeträger für eine sich inklusiv ausrichtende Schule erfasst und darstellt. Hierzu werden sowohl die Gelingensbedingungen von Inklusion in der Schule als auch ihre Barrieren für alle drei Ebenen herausgearbeitet.

Im Ergebnis entsteht ein Konzept, welches auf die Erfordernisse und Anforderungen der Träger sozialer Arbeit in den Bereichen Schulsozialarbeit und Kooperation von Ganztagsschule und Jugendhilfe abgestimmt ist und sich mit abschließenden Empfehlungen an beide Systeme richtet, um gemeinsam ganzheitliche Konzepte einer inklusiven Schule zu realisieren.

Die Studie kann heruntergeladen werden unter:
www.awo-informationsservice.org Stichworte: Schulsozialarbeit, Inklusion.

3.9 Bericht zu Diskriminierung im Bildungsbereich und im Arbeitsleben

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hg.): Diskriminierung im Bildungsbereich und im Arbeitsleben. Zweiter Gemeinsamer Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und der in ihrem Zuständigkeitsbereich betroffenen Beauftragten der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages. Berlin Juli 2013

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) hat nach §27 Abs. 4 AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz) den Auftrag, alle vier Jahre Berichte über Benachteiligungen aus den im AGG genannten Gründen vorzulegen. Hierzu zählen Benachteiligungen wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder sexuellen Identität. Für den gerade veröffentlichten Bericht wurde als Schwerpunktthema *Diskriminierung im Bereich der Bildung und des Arbeitslebens* gewählt.

Im Auftrag der ADS umgesetzte wissenschaftliche Analysen, Expertengespräche, die Auswertung von Beratungsanfragen an die ADS und andere Beschwerdestellen sowie die Auswertung externer Studien liefern einen Überblick über Art und Umfang von Diskriminierungen und Diskriminierungsrisiken bei der kindlichen Frühförderung, in Schule und Ausbildung, an Universitäten und auf dem Arbeitsmarkt. Kern des Berichtes sind die anschließenden Empfehlungen und Handlungsvorschläge, die sich sowohl an die Politik als auch an Bildungsinstitutionen und Arbeitgeber richten.

Der Bericht zeigt anhand zahlreicher Beispiele die unterschiedlichen Formen von Diskriminierung in den einzelnen Bildungsbereichen und auf dem Arbeitsmarkt.

Der Bericht kann heruntergeladen werden unter:
http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Gemeinsamer_Bericht_2013.pdf?__blob=publicationFile

3.10 Literaturhinweise

Die folgenden Literaturhinweise enthalten neben Hinweisen auf aktuelle Fachliteratur zum Thema Bildung und Übergang auch Hinweise auf Literatur außerhalb von Erziehungswissenschaft und Soziologie, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit Bildung befassen. Diese Literatur ist deshalb so interessant, weil sie dazu beitragen kann, den Blick auf die Bedingungen und den Verlauf von Bildungsprozessen zu erweitern.

Ludwig Fertig (Hg.): Bildungsgang und Lebensplan. Briefe über Erziehung von 1750 bis 1900. Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 1991
Das Buch beschäftigt sich anhand von Briefen mit Themen, die nach wie vor hochaktuell sind zum Verständnis dessen, was wir heute Bildung nennen. Sie tragen dazu bei, den Blick auf die heutige Realität von Bildung und Bildungsprozessen zu schärfen und zeigen, dass Bildung weit mehr ist als Qualifizierung oder Vorbereitung aufs Erwerbsleben. Die in den Briefen geführten Auseinandersetzungen über Themen wie „Standeserziehung und Menschenbildung", „Die Pädagogik der Aufklärung", „Mentorenamt und Familienerziehung", „Privaterziehung oder öffentliches Schulwesen?", „Studium und Lebensplanung" oder „Schule und Schulpolitik" geben vielfältige Anregungen dafür, die heutigen Übergangsprozesse Jugendlicher umfassender und kritischer zu sehen.

Hermann Hesse: Unterm Rad (1906). Suhrkamp Taschenbuch Berlin 2012
Die Erzählung zeigt das Schicksal eines begabten Kindes, dem der Ehrgeiz des Vaters und der Lokalpatriotismus seiner Heimatstadt eine Rolle aufnötigen, die ihm nicht entspricht, die ihn „unters Rad" drängt. Peter Handke kommentierte den Roman so: „Schreibend der Jugend die Würde zu geben, die ihr im Leben verweigert wurde". Und ein anderer Kommentator (Arthur Eloesser) schrieb: „Der Roman enthält ungefähr eine Anleitung für Eltern, Vormünder und Lehrer, wie man einen begabten jungen Menschen am zweckmäßigsten zugrunde richtet."

Heiner Hastedt (Hg.): Was ist Bildung? Eine Textanthologie. Reclam Stuttgart 2012
Diese Textsammlung gibt anhand von Auszügen aus Schriften berühmter Autoren von Herder und Humboldt über Schopenhauer und Nietzsche bis hin zu Foucault, Spaemann und Adorno einen umfassenden Überblick über die verschiedenen Aspekte von Bildung. Die Textauszüge in den einzelnen Kapiteln – „Merkmale eines klassischen Bildungsbegriffs", „Selbstbildung und Lebenskunst", „Selbstbildung umfasst, über Reflexion hinaus-

gehend, Training und Übung", „Halbbildung und Unbildung im Zeitalter von Kapitalismus und Internet", „Wissenschaft als solche bildet nicht", „Zur Kritik einer Reduktion der Bildung auf ‚Geistesbildung'" und „Selbstbildung als Ideal der Freiheit" – sind thematisch fokussiert auf die These, dass Bildung vor allem Selbstbildung und die möglichst harmonische Entwicklung der ganzen Person ist. Während heutzutage Bildung in Schule und Universität meist zur Ausbildung und zum Erwerb von Kompetenzen und sogenannten Schlüsselqualifikationen wird, geht es den Autoren darum zu zeigen, dass Selbstbildung in dem Versuch besteht, sich selbst zu formen und die eigenen Anlagen zu entwickeln. Zugleich ist dieses Buch ein Beitrag zur Vermeidung vieler Sackgassen der Bildungsdebatte in Deutschland.

Hans Dietrich Raapke: Wer war der gebildete Deutsche? Bibliotheks- und Informationssystem Universität Oldenburg. Oldenburger Universitätsreden Nr. 12. Oldenburg 1987
Die Daten der bürgerlichen Revolution in Frankreich und Deutschland – die Jahre 1789 und 1848 – sind die Eckpunkte für sechs Portraitskizzen, in denen verschiedene persönliche und darin doch typische Ausformungen von Bildung vorgestellt werden. Die sechs Portraits sind mehr als nur ein Blick zurück in die Geschichte. Sie sind der Versuch, die soziale wie die individuelle Komponente von Bildung herauszuarbeiten und Bildung als etwas für den Einzelnen außerordentlich Bedeutsames aufzuweisen.

Paul Willis: Spaß am Widerstand. Gegenkultur in der Arbeiterschule. Syndikat Verlag: Frankfurt am Main 1979
Dieses Buch ist entstanden aus einem Projekt, das in den Jahren 1972 bis 1975 den Übertritt von Jungen aus der Arbeiterklasse ohne höhere Schulbildung ins Arbeitsleben untersucht hat. Die Studie ist eine Ethnographie der Schule, besonders der oppositionellen Formen einer Arbeiterkultur in der Schule und ein praktischer Beitrag zum Thema Wechsel von der Schule ins Arbeitsleben. Sie zeigt, dass scheiternde Jugendliche aus der Arbeiterklasse sich nicht einfach dort in die abfallende Kurve der Berufsverteilung einreihen, wo die erfolglosen Jugendlichen der Mittelschicht oder die erfolgreichsten Jugendlichen der Arbeiterschaft ihnen Platz lassen, sondern das kulturelle Muster des Scheiterns in der Arbeiterklasse ganz verschieden ist von anderen Mustern. Eine zentrale Aussage des Buches ist, dass manche Arbeiterjungen gerade durch ihre eigene Kultur am effektivsten darauf vorbereitet werden, ihre Arbeitskraft in manuellen Beschäftigungen einzusetzen und bei Übernahme untergeordneter Berufsrollen ein Element der Selbstverurteilung mitspielt. Das Buch zeigt, wie diese „Prozesse der Selbsteingliederung in den Arbeitsprozess" auf komplexe Weise mit staatlichen Kontrollinstanzen zusammenhängen. Es untersucht das Erziehungsmodell, das dem Lehrverhältnis in unseren Schulen zugrunde liegt, formuliert Kritik an der Berufsberatung und bietet Erklärungen für die anhaltende Unfähigkeit des staatlichen Erziehungswesens, die Lebenschancen von Arbeiterkindern merklich zu verbessern.

Maja S. Maier/Thomas Vogel (Hg.): Übergänge in eine neue Arbeitswelt? Blinde Flecke in der Debatte zum Übergangssystem Schule-Beruf. Springer VS Wiesbaden 2013
Aktuelle Problembeschreibungen zum Themenfeld „Übergang Schule-Beruf" nehmen zum einen auf die in ungleichheitstheoretischen Untersuchungen identifizierten „Risikofaktoren" beim Übergang von der Schule in den Ausbildungsmarkt Bezug; zum anderen werden unter der Perspektive mangelnder „Ausbildungsreife" die Kompetenzdefizite von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz beschrieben und darauf abgestimmte Maßnahmen entwickelt und dokumentiert. In den Blick genommen werden in beiden Fällen die Jugendlichen selbst, ihre schulischen Leistungen, ihre berufsbezogenen Kompetenzen, ihre sozialen Ressourcen etc. Mit diesem Fokus geht jedoch eine Verkürzung der Perspektive einher, bei der die Ursachen von Übergangsproblemen den Betroffenen selbst zugeschrieben werden und die strukturellen bildungs- und arbeitsmarktpolitischen und ökonomischen Bedingungen, die die Problematik des Übergangs von der Schule in den Beruf (und den Übergang als solchen!) hervorgebracht haben und weiter hervorbringen, zugleich außen vor bleiben.

Beim Lesen der Beiträge in diesem Band wird man feststellen, dass es in der Debatte zum Übergang von der Schule in den Beruf eine Vielzahl an unterschiedlichen blinden Flecken gibt. Jeder einzelne Beitrag deckt mit seiner spezifischen Perspektive eines oder

mehrere Problemfelder auf, die in der Debatte bisher kaum beleuchtet wurden und der zukünftigen Auseinandersetzung und Forschung als Impulse dienen können.

Übergangssystem. Schwerpunktausgabe der Zeitschrift DDS – Deutsche Schule. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogische Praxis. 105. Jahrgang 2013 / Heft 1

Die im März 2013 erschienene Ausgabe der DDS widmet sich in verschiedenen Beiträgen dem Thema „Übergangssystem". Neben Berichten von neuen Ergebnissen der BIBB-Übergangsstudie 2011 (*Beicht & Eberhard)* und regionalspezifischen Verlaufsmustern von Bildungs- und Ausbildungswegen von Hauptschülern nach dem Ende der Pflichtschulzeit *(Gaupp & Mahl)* gibt es kritische Rückfragen an die Pädagogik des Übergangs (*Schroeder)* und eine Diskussion darüber, ob die Bildungsgänge des Übergangssystems Wartesaal des Berufsbildungssystems oder Orte der Chancenverbesserung sind (*Braun & Geier).* Außerdem werden die Länderstrategien zur Reform des Übergangssystems dargestellt (*Christe)*.

Das Heft gibt einen interessanten Überblick über aktuelle Entwicklungen im Übergangsbereich und regt zur kritischen Auseinandersetzung an.

(4)
Laufende bildungspolitische Studien

4.1 Nationales Bildungspanel

Nachfolgend wird auf einige Forschungsprojekte hingewiesen, die im Rahmen des Nationalen Bildungspanels (NEPS) durchgeführt werden. Nähere Informationen zu den einzelnen Forschungsprojekten sind erhältlich beim NEPS unter:
https://www.neps-data.de/de-de/datenzentrum/forschungsprojekte.aspx

Laufende Forschungsprojekte

Individuelle und institutionelle Determinanten von Bildungserfolgen bei Hauptschülern Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Ziel des Forschungsvorhabens ist es, die Kontextbedingungen für den Bildungserfolg von Hauptschülern in Deutschland zu untersuchen. Das Projekt soll einen Beitrag leisten, welche Bedingungen der schulischen und außerschulischen Umwelt auf den Bildungserfolg (Kompetenzerwerb und Hauptschulabschluss) von Hauptschülern Einfluss nehmen. Darüber hinaus können die Ergebnisse dazu dienen, einen besseren Kenntnisstand über Ursachen für den relativ hohen Anteil von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss zu gewinnen und bildungspolitische Anregungen zu formulieren.

Berufstätigkeit der Mutter und Bildungserfolg des Kindes Universität Mannheim
Untersuchung verschiedener Dimensionen mütterlicher Berufstätigkeit und den Einfluss auf den Bildungserfolg des Kindes, evtl. an Testscores gemessen – insbesondere Einfluss des Elternverhaltens/Erziehungsverhaltens als Interaktion/Intervention.

Nationale Bildungsberichterstattung 2014 und folgende Berichtszeiträume (Teilbereich DJI) Deutsches Jugendinstitut e.V.
Im Rahmen der Nationalen Bildungsberichterstattung wird auf Basis von Indikatoren und Kennziffern die Entwicklung des deutschen Bildungssystems dargestellt und analysiert. Hierbei werden unter anderem Informationen zu Bildungsangeboten und zur Bildungsbeteiligung, zu Kompetenzen, Abschlüssen und Bildungserträgen zusammengestellt. Im Teilbereich des DJI geht es insbesondere um die frühkindliche Bildung in der Familie, in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege sowie um non-formale Bildung im Schulalter. Auf Basis der NEPS-Daten zu den Startkohorten 2,3 und 4 sollen demnach Auswertungen zur Bildungsbiografie von Kindern und Jugendlichen im Vorschul- und Schulalter durchgeführt werden.

Der Einfluss von Sprachkompetenz und mitgebrachtem Humankapital auf den Bildungserfolg von Migranten Otto-Friedrich-Universität Bamberg / Lehrstuhl für Soziologie, insbesondere Sozialstrukturanalyse
Es wird angenommen, dass der Bildungserfolg von Zuwanderern und ihren Nachkommen insbesondere von den Erst- und Zweitsprachkompetenzen sowie von dem im Herkunftsland erworbenen Humankapital abhängt. Im Rahmen des Projekts wird zum einen geprüft, unter welchen Bedingungen sich Sprachkompetenzen positiv auf den Bildungserfolg auswirken und zum anderen inwieweit das im Herkunftsland erworbene Humankapital in den Aufnahmekontext transferiert werden kann.

Transmission von Bildungsstatus innerhalb der Familie

Ludwig-Maximilians-Universität München

Empirische Analysen zu Ausmaß und Mechanismen der Transmission des erreichten Bildungsstands und Bildungserfolgs von den Müttern und Vätern auf die Töchter und Söhne. Dazu gehören unter anderem Entscheidungen der Eltern und der Kinder über Investitionen in Erziehung und Ausbildung sowie in Sozialkapital.

Expertise: Peers im Kontext des Übergangs Schule - Beruf

Deutsches Jugendinstitut e.V.

Die Expertise soll datenbasierte Erkenntnisse dazu liefern, wie Politik und Verwaltung Orientierungsprozesse am Übergang Schule-Beruf auf der Ebene der Peers wirksam unterstützen können. Hierzu werden vorliegende Studien im Feld der Berufsorientierung sekundäranalytisch ausgewertet. Welchen Einfluss Peer-Beziehungen auf berufliche Orientierungsprozesse haben, inwiefern neue Medien dabei eine Rolle spielen und wie sich diese Einflüsse hinsichtlich derer anderer Akteure des Übergangs (Eltern, Lehrer, Berufsberater, etc.) unterscheiden soll durch die zu erstellende Expertise herausgearbeitet werden.

Der Einfluss geschlechtsspezifischer Sozialisation auf die geschlechtsspezifische Bildungsungleichheit: Betrachtung von primären und sekundären Effekten im 1. Bildungsübergang

Universität Mannheim / Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

Über die Mechanismen die einer Geschlechterungleichheit im Bildungserfolg von Migranten zugrunde liegt, ist wenig bekannt. Die Rolle der geschlechtsspezifischen Sozialisation von Kindern fand im Bildungskontext bisher kaum Beachtung. Es gibt jedoch Grund zur Annahme, dass die vermittelten Geschlechterrollen von signifikanten Anderen einen Einfluss auf den Bildungserfolg haben sollten. Inwieweit primäre und sekundäre Effekte eine Rolle in diesem Zusammenhang spielen, gilt es noch zu klären. Im Vordergrund stehen deshalb die Fragen, welche Auswirkungen Geschlechterrollen bei schulischen Leistungen und Bildungsentscheidungen haben bzw. welchen Einfluss verschiedene Geschlechterrollen auf die geschlechtsspezifische Bildungsungleichheit bei Migranten und Deutschen im ersten Bildungsübergang haben?

Individuelle Dispositionen und Einstellungen als Vermittlungsfaktoren im Prozess der Reproduktion von Bildungsungleichheiten

Otto-Friedrich-Universität Bamberg / NEPS

Im Prozess der Reproduktion von Bildungsungleichheiten bildet die systematische Einbeziehung individueller und insbesondere persönlichkeitsbezogener Faktoren eine Forschungslücke. Individuelle Dispositionen, Einstellungen und Orientierungen sind ihrerseits bereits Ausdruck sozialer Strukturen und stellen in dieser Hinsicht wichtige Schaltstellen für Bildungsplanungen und Bildungsentscheidungen dar. Über die Annahmen von Ansätzen rationaler Wahlhandlung hinaus finden sich derartige Einstellungen bereits in sehr jungen Jahren als fest gefügte Muster wieder (Habitus) und strukturieren die wahrgenommene und wahrnehmbare Bildungswelt für den Einzelnen. Die sozialgruppenspezifische Analyse von Orientierungs-, Motivations- und Interessensmustern bildet eine zentrale Achse des Projekts. Ziel des Projektes ist die Identifikation und Analyse spezifischer Typen, was es in einem nächsten Schritt ermöglichen soll, Reproduktionsstrategien in Zusammenhang mit einem so (quantitativ) identifizierten Bildungshabitus zu bringen.

Organisation beruflicher Ausbildung und Einflüsse auf die Erwerbschancen von Frauen (und Männern)

Otto-Friedrich-Universität Bamberg/ LS Arbeitswissenschaften

Untersuchung der Frage, welche Auswirkungen die verschiedenen Organisationsformen beruflicher Bildung (dual und vollzeitschulisch) auf die späteren Erwerbschancen von Frauen und Männern haben. Schwerpunkt liegt auf dem Aspekt, ob die Organisation der Ausbildung eine spätere Karriere von Frauen und Männern beeinflusst und als Mechanismus sozialer Ungleichheit fungiert.

4.2 UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Industrieländern

UNICEF: Child well-being in rich countries. A comparative overview. Innocenti Report Card 11. April 2013

Nach der vor kurzem veröffentlichten internationalen UNICEF-Vergleichsstudie zur Lage der Kinder in Industrieländern 2013 hat sich das Lebensumfeld für Kinder in Deutschland insgesamt deutlich verbessert. Deutschland liegt auf Platz sechs der Industrienationen, wenn Lebensbedingungen wie relative Armut, Gesundheit oder Bildung der jungen Generation bewertet werden. So erreichen deutsche Schüler bessere Werte bei den PISA-Tests und rauchen deutlich seltener. Im Kontrast zu diesen positiven Entwicklungen steht allerdings die subjektive Sicht der Jugendlichen in Deutschland auf ihre Lebenssituation. Bei der Selbsteinschätzung der Lebenszufriedenheit von Mädchen und Jungen fällt Deutschland dagegen tiefer ab als jedes andere untersuchte Land – und zwar auf Platz 22 von insgesamt 29 untersuchten Ländern. Jeder siebte Jugendliche in Deutschland ist mit sich und seiner Situation eher unzufrieden.

Die neue Vergleichsstudie des UNICEF-Forschungsinstituts Innocenti knüpft an die umfassenden UNICEF-Studien von 2007 und 2010 an, in denen die Lage der Kinder in Industrieländern anhand von sechs Dimensionen verglichen wurde. Das frühere Konzept wird jedoch variiert. Die Studie analysiert zunächst die Daten der fünf Dimensionen materielles Wohlbefinden, Gesundheit und Sicherheit, Bildung, Verhalten und Risiken sowie Wohnen und Umwelt und blickt dann – in einem zweiten Teil – gesondert auf das subjektive Wohlbefinden der Kinder und Jugendlichen. Grundlage der Analyse sind die neuesten erhältlichen Daten von Eurostat, OECD, PISA, Weltgesundheitsorganisation und Weltbank. Sie beziehen sich auf die Jahre 2009/2010 – durch die Notwendigkeit, verschiedenste nationale Datenerhebungen international vergleichbar aufzubereiten, ergibt sich eine zeitliche Verzögerung von zwei bis drei Jahren. Die Auswirkungen der Finanzkrise bilden die Daten daher nur ansatzweise ab.

Im Unterschied zu anderen internationalen Vergleichsuntersuchungen erfassen die UNICEF- Studien nicht nur einen Einzelaspekt des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen wie die Schulleistungen, sondern materielle, soziale, leistungsbezogene und subjektive Einschätzungen. Ziel ist es, ein umfassendes Bild der Lage von Kindern zu zeichnen. Dies soll konkrete Hinweise geben, in welchen Bereichen dringender Handlungsbedarf besteht, um die Rechte von Kindern zu schützen, ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und ihre Chancen auf Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung zu stärken. Allerdings müssen dazu in einem weiteren Schritt auch regionale Differenzierungen innerhalb Deutschlands berücksichtigt werden – dies kann die vorliegende Vergleichsstudie nicht leisten.

Eine Zusammenfassung der Studie findet sich unter:
http://www.unicef.de/fileadmin/content_media/projekte/Themen/Kinderrechte/UNICEF-Berichte/UNICEF-Info_zur_Lage_der_Kinder_in_Industrielaendern_2013.pdf

Die gesamte Studie, Grafiken und weitere Informationen kann man herunterladen unter
http://www.unicef.de/projekte/themen/kinderrechte/kinder-in-industrielaendern/unicef-bericht-2013/

(5)
Neue Programme des Bundes und der Länder

5.1 „Lernen vor Ort" geht in die Fläche

Mit dem Programm „Lernen vor Ort" sollen in ganz Deutschland abgestimmte Bildungssysteme auf kommunaler Ebene entwickelt werden. Dazu sollen neue Strukturen in den Kommunen geschaffen werden, die die Kooperation aller Bildungsakteure vor Ort stärken. Die dafür notwendigen Fördermittel werden vom BMBF und dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung gestellt.

Dieses Programm, das gemeinsam von Stiftungen und dem BMBF getragen wird, soll nunmehr über die 35 Modellkommunen hinaus in die Fläche getragen werden. Hierfür wird das Internetportal www.bildungsmonitoring.de mit Kennziffern und Indikatoren für den Bildungsbereich jeder kreisfreien Stadt und jedes Landkreises in Deutschland zur Verfügung gestellt.

Der Stiftungsverbund „Lernen vor Ort" ist ein Zusammenschluss von mehr als 180 gemeinnützigen Stiftungen zur Unterstützung der im Programm geförderten Kommunen. Die Kommunen haben mit Unterstützung ihrer Patenstiftungen Modelle der Zusammenarbeit zwischen den Bildungsakteuren auf kommunaler Ebene entwickelt. Auch von diesen Erfahrungen und dem Wissen um die Wege zu erfolgreicher Kooperation zwischen kommunalen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sollen die Kommunen des Landes im Rahmen der Transferphase profitieren. Die Geschäftsstelle des Stiftungsverbundes „Lernen vor Ort" wird in der Trägerschaft des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen geführt.

Die Transferinitiative des Bundes wird von den Ländern, den kommunalen Spitzenverbänden sowie dem Stiftungsverbund „Lernen vor Ort" unterstützt.

Über das neue Internetportal sind Datenbestände aus der Bevölkerungs-, der Kinder- und Jugendhilfestatistik, den Schul- und Hochschulstatistiken und der Berufsbildungsstatistik benutzerfreundlich aufbereitet. Diese Bildungsdaten bilden eine wesentliche Grundlage für ein abgestimmtes Bildungsmanagement auf kommunaler Ebene.

Weitere Informationen über das Programm, die geförderten 35 Kommunen und die beteiligten Stiftungen finden sich unter:
www.lernen-vor-ort.info

Quelle:
http://www.der-paritaetische.de/index.php?id=22&tx_ttnews[tt_news]=7789&tx_ttnews[backPid]=65&cHash=1603445781

5.2 Die Wirtschaft will den auslaufenden Ausbildungspakt verlängern

Die Wirtschaft will den zum Jahresende auslaufenden Ausbildungspakt verlängern – und die Gewerkschaften dazu wieder ins Boot holen. DGB-Chef Michael Sommer zeigte sich nach deim Meseberg-Treffen mit Bundesregierung und Wirtschaftsverbänden gesprächsbereit.

Handwerkspräsident Otto Kentzler sieht im Ausbildungspakt eine wichtige Voraussetzung zur Fachkräftesicherung: „Hier plädiere ich dafür, dass wir das nach 2014 weiterführen. Ich plädiere aber auch dafür, das die Gewerkschaften mit eingebunden werden", sagte er nach dem Zukunftsgespräch im Schloss Meseberg bei Berlin am 4. Juli.

Sommer erwiderte, er habe im Namen der Gewerkschaften zugesagt, Gespräche darüber aufzunehmen, „um den Ausbildungspakt neu zu formatieren". Dann werde im kommenden Jahr über eine Teilnahme am Ausbildungspakt entschieden.

Dem 2004 vereinbarten Pakt von Bundesregierung und Wirtschaftsverbänden blieben die Gewerkschaften bisher fern. Sie hatten sich mit der Forderung nach einer Ausbildungs-

platzabgabe nicht durchsetzen können. Diese sollte mit finanziellen Anreizen die Lehrstellensituation verbessern helfen.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte nach dem Treffen, zur wirtschaftlichen Zukunftssicherung Deutschlands gehöre auch lebenslanges Lernen. Dies sei nötig, damit auch Ältere ihren Beruf länger ausüben könnten. Wichtig sei auch, die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung zu erhöhen.

Die Kanzlerin zeigte Verständnis für die Gewerkschaftskritik an prekären Beschäftigungsverhältnissen. Man müsse aufpassen, „dass deren Zahl nicht dauerhaft zunimmt". Es sei gut, dass die in Deutschland bewährte duale Ausbildung auch international an Bedeutung gewinne. Für Sommer ist das Konzept „ein absoluter Exportartikel Deutschlands".

Das Treffen, auch „Meseberg-Gipfel" genannt, fand nur einen Tag nach der Berliner Konferenz der EU-Länder zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit statt.

Quelle:
http://bildungsklick.de/a/88418/wirtschaft-moechte-ausbildungspakt-verlaengern/

5.3 Initiative des Bundesrates für Kinder und Jugendliche im SGB II-Bezug

Der Bundesrat setzt sich dafür ein, Schulsozialarbeit und Mittagessen in Horteinrichtungen auch über das Jahr 2013 hinaus durch Bundesmittel zu finanzieren. Deshalb hat die Länderkammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem sie vorschlägt, einen Teil der Bundesbeteiligung an Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) auch in Zukunft für diese Zwecke zu verwenden. Seit 2011 stellt der Bund den Kommunen 400 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung, mit denen kreisfreie Städte und Kreise Schulsozialarbeit oder sonstige Projekte im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende finanzieren können. Ziel ist es, den Zugang von Kindern und Jugendlichen zu Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes zu sichern. Von den Geldern werden darüber hinaus noch die Mittagessen in Horteinrichtungen für jene Kinder bezahlt, die Leistungen nach dem SGB-II erhalten. Dieses Finanzierungsmodell läuft jedoch zum 31. Dezember 2013 aus, weshalb der Bundesrat nun eine Entfristung dieser Regelung fordert.

Der Gesetzentwurf kann heruntergeladen werden unter:
http://dip.bundestag.de/btd/17/136/1713663.pdf

Quelle:
Nachrichten Jugendsozialarbeit 11/2013 vom 17. Juni 2013

5.4 Beschluss von Bund und Ländern zur Einführung des Deutschen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen (DQR)

In Deutschland erworbene Bildungsabschlüsse und berufliche Qualifikationen werden in Zukunft europaweit vergleichbarer. Darauf haben sich die Bundesregierung und die Länder mit der Unterzeichnung eines gemeinsamen Beschlusses zum Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) geeinigt.

Der Beschluss schafft die Grundlage dafür, schrittweise ab dem Sommer 2013 erworbene Qualifikationen einem DQR-Niveau zuzuordnen und dieses auf den Qualifikationsbescheinigungen auszuweisen. So wird beispielsweise eine dreijährige berufliche Erstausbildung auf Niveau 4 zugeordnet, ein Abschluss als Bachelor, Meister oder Techniker entspricht Niveau 6.

Nach Einschätzung der Bundesregierung profitieren von dieser Zuordnung Lernende, Berufstätige, Unternehmen und Bildungseinrichtungen gleichermaßen, da die Wertigkeit ihrer Bildungsabschlüsse im europäischen Vergleich sichtbar werde und Bewerbungen und Jobwechsel innerhalb der Europäischen Union dadurch erheblich vereinfacht würden.

Weitere Informationen unter:
http://www.deutscherqualifikationsrahmen.de/

Quelle:
http://bildungsklick.de/pm/87810/qualifikationen-europaweit-vergleichbar-machen/

(6)
Zahlenspiegel

6.1 Soziale Selektion beim Hochschulzugang

Die neuesten Daten zur Bildungsbeteiligung aus der 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) zeigen: Von 100 Akademiker-Kindern studieren 77, von 100 Kindern aus Familien ohne akademischen Hintergrund schaffen nur 23 den Sprung an eine Hochschule. Die soziale Selektivität beim Zugang zum deutschen Hochschulsystem ist damit erschreckend stabil

Der Präsident des Deutschen Studentenwerks, Timmermann betont: „Die Bildungsbiografie eines Menschen hängt in Deutschland noch immer entscheidend von der Bildungsherkunft seiner Familie ab. Diese grundlegende und seit Jahren unveränderte soziale Selektivität müsste die Verfechter von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit mächtig und nachhaltig erschrecken, uns jedenfalls erschreckt sie. Dagegen hat die deutsche Bildungspolitik bislang weder Rezept noch Konzept. Ich plädiere mit Nachdruck dafür, dass wir anfangen, ein Konzept politisch zu entwickeln."

Laut Timmermann sind die hochschulpolitischen Schlüsselbegriffe unserer Zeit Exzellenz, Elite, Autonomie. „Von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit ist kaum die Rede. Auch wir wollen Exzellenz, aber Exzellenz in Forschung und Lehre, in der Spitze und in der Breite sowie Exzellenz in der sozialen Infrastruktur, das Ganze aber auf dem Fundament von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit."

Alle drei Jahre werden die Studierenden in Deutschland im Rahmen der Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks zu ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage befragt. Finanziert wird die repräsentative Studie vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, wissenschaftlich durchgeführt vom HIS-Institut für Hochschulforschung. An der jüngsten, 20. Sozialerhebung nahmen im Sommer 2012 15.128 Studierende von 227 Hochschulen teil.

Eine Zusammenfassung der Studie (37 Seiten) kann heruntergeladen werden unter:
http://www.studentenwerke.de/pdf/20-SE-Handout.pdf

Die vollständige Studie (661 Seiten) kann heruntergeladen werden unter:
http://www.studentenwerke.de/pdf/20-SE-Bericht.pdf

Quelle: http://bildungsklick.de/pm/88268/soziale-selektion-beim-hochschulzugang-erschreckend/

6.2 Studienberechtigung von Auszubildenden

Im Jahr 2011 begannen 741 000 Personen eine Berufsausbildung. Davon hatten 164.100 (22,1%) zuvor bereits eine allgemeine Hochschulreife oder Fachhochschulreife erworben. Von allen Anfängern einer Berufsausbildung hatte fast die Hälfte, nämlich 361.400 Personen (48,8%) einen Realschulabschluss und 188.900 Personen (25,5%) einen Hauptschulabschluss. 19.600 (2,6%) fingen 2011 eine berufliche Ausbildung an, obwohl ihnen der Hauptschulabschluss fehlte.

Im Übergangsbereich, der das Ziel hat, durch den Erwerb beruflicher Grundkenntnisse oder auch durch das Nachholen eines Haupt- oder Realschulabschlusses die Chancen junger Menschen auf einen Ausbildungsplatz zu verbessern, wurden 284.900 Anfänger gezählt. Die meisten Anfänger, 150.900 Personen (52,9%) besaßen bereits einen Hauptschulabschluss. 54.900 Anfänger (19,3%) im Übergangsbereich hatten die allgemeinbildende Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen. 70.000 junge Menschen (24,6%), die 2011 ein Bildungsprogramm im Übergangsbereich begannen, hatten zuvor bereits einen Realschulabschluss und 4.700 (1,6%) sogar eine allgemeine Hochschulreife oder Fachhochschulreife erworben.

Darüber hinaus setzten 492.700 Schülerinnen und Schüler 2011 ihre schulische Laufbahn im Sekundarbereich II fort, um eine Studienberechtigung zu erreichen. Außerdem begannen 522.300 junge Menschen 2011 ein Studium.

Detaillierte Ergebnisse zu Anfängern, aber auch zu Teilnehmern und Absolventen einer Ausbildung im Jahr 2011 bietet die Arbeitsunterlage „Integrierte Ausbildungsberichterstattung", die am 13. Februar 2013 erstmals veröffentlicht wurde.

Quelle:
http://bildungsklick.de/pm/86842/2011-hatten-22-der-anfaenger-einer-beruflichen-ausbildung-eine-studienberechtigung/

Siehe auch die Daten der Integrierten Ausbildungsberichterstattung in Kapitel 1.1

6.3 Ausbildungsbeteiligung von Betrieben

Das BIBB analysiert auf *Basis* der *Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit* die **Ausbildungsbeteiligung der Betriebe**. Grundlage der Statistik sind die Meldungen über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die Arbeitgeber an die Sozialversicherungsträger leisten. Neben Angaben zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Ausbildung enthält die Statistik unter anderem auch Daten zu den ausbildenden Betrieben.

Im Gegensatz zum IAB-Betriebspanel handelt es sich bei der Beschäftigungsstatistik um eine amtliche Statistik, die auf einer Vollerhebung aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu den Berichtsstichtagen 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember basiert. Um eine höhere Datenaktualität zu erzielen, ist das BIBB mit dem Berufsbildungsbericht 2004 dazu übergegangen, den 31. Dezember als Stichtag heranzuziehen.

Nachfolgend finden Sie Daten zur quantitativen Entwicklung der

- sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Auszubildenden und **Ausbildungsquoten** (Anteil der Auszubildenden an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) für unterschiedliche Betriebsgrößenklassen, Wirtschaftszweige und Berufsgruppen;
- Betriebe, Ausbildungsbetriebe und **Ausbildungsbetriebsquoten** (Anteil der Ausbildungsbetriebe an allen Betrieben) für unterschiedliche Betriebsgrößenklassen und Wirtschaftszweige.

Die Sonderauswertung kann heruntergeladen werden unter:
http://www.bibb.de/dokumente/pdf/ab21_ausbildungsbeteiligung_von_betrieben__sonderauswertung_2011_201306.pdf

6.4 Wie können mehr Jugendliche aus dem Übergangssystem von der guten Lage auf dem Ausbildungsmarkt profitieren?

Die qualiboxX des BIBB hat Stefan Sell, Professor für Volkswirtschaftslehre, Sozialpolitik und Sozialwissenschaften, Direktor des Instituts für Bildungs- und Sozialpolitik der Hochschule Koblenz - dazu befragt, wie mehr Jugendliche aus dem Übergangssystem von der guten Lage auf dem Ausbildungsmarkt profitieren können.

Stefan Sell beantwortet in einem Video dazu folgende Fragen:

- Wie sinnvoll ist angesichts des behaupteten Fachkräftemangels Jugendliche aus Südeuropa für eine Ausbildung in Deutschland zu qualifizieren?
- Aktuell sind 33.000 Ausbildungsplätze nicht besetzt. Sind das nicht „goldene Zeiten" für Ausbildungsplatzsuchende?
- Warum kommt die Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt nicht bei den Jugendlichen an, die im Übergangsbereich landen?
- Viele Jugendliche gelten als nicht ausbildungsreif. Sind so viele Jugendliche nicht in der Lage, den Anforderungen der Betriebe gerecht zu werden?
- Es gibt sicher einen Anteil an Ausbildungswilligen, die sich auf einem „Markt" nicht anbieten können, da sie den Anforderungen einer regulären Ausbildung nicht gerecht werden. Wie kann deren berufliche Perspektive aussehen?

- Wie müssen sich die Qualität der Ausbildung und die Ausbildungspraxis verändern, um auf diese Problemlagen zu reagieren?

Die Beantwortung der Fragen durch Stefan Sell kann angehört und angesehen werden unter:
https://www.qualiboxx.de/wws/9.php#/wws/interview-sell.php?sid=382603841921964078372235123519 70

6.5 Arbeitslosenquoten im Euroraum

Im Euroraum (ER17) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im April 2013 bei 12,2%, gegenüber 12,1% im März. In der EU27 lag die Arbeitslosenquote bei 11,0%, unverändert gegenüber dem Vormonat. In beiden Gebieten sind die Quoten im Vergleich zum April 2012 deutlich gestiegen; da betrugen sie 11,2% bzw. 10,3%.

Im April 2013 waren in der EU27 5,627 Mio. Personen im Alter unter 25 Jahren arbeitslos, davon 3,624 Mio. im Euroraum. Gegenüber April 2012 stieg deren Zahl in der EU27 um 100.000 und im Euroraum um 188.000.

Die Jugendarbeitslosenquote lag im April 2013 in der EU27 bei 23,5% und im Euroraum bei 24,4%. Im April 2012 hatten die Quoten in beiden Gebieten 22,6% betragen. Die niedrigsten Quoten im April 2013 verzeichneten Deutschland (7,5%), Österreich (8,0%) und die Niederlande (10,6%), und die höchsten Quoten meldeten Griechenland (62,5% im Februar 2013), Spanien (56,4%), Portugal (42,5%) und Italien (40,5%).

Quelle:
BAG EJSA Europa News Ausgabe Juli 2013 (Nr. 36)

6.6 EU will allen Kindern bis 2030 Zugang zur Grundbildung verschaffen

Die Europäische Kommission bekräftigte auf einer hochrangigen Veranstaltung in Brüssel ihr Engagement für eine gerechtere und bessere Bildung im Rahmen der entwicklungspolitischen Agenda für die Zeit nach 2015 und sagte die Fortsetzung ihrer finanziellen Unterstützung zu. Der EU-Kommissar für Entwicklung, Andris Piebalgs, gibt außerdem bekannt, dass mindestens 20% des Hilfebudgets für den Zeitraum 2014-2020 für den Bereich menschliche Entwicklung und soziale Inklusion, in dem Bildung eine Hauptkomponente ist, vorgesehen sind. Für die Bildung werden insgesamt 2,5 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt, sie wird damit als entwicklungspolitische Priorität der EU für die Zeit nach 2015 bestätigt. Mindestens 1,5 Mrd. Euro werden in das künftige Programm „Erasmus für alle" fließen (ein akademisches Austauschprogramm zwischen Hochschulen in der EU und in Übersee, dank dessen bereits zahlreiche Studierende ihr Studium durch einen Auslandsstudienaufenthalt bereichern konnten).

Quelle:
BAG EJSA Europa News Ausgabe Juli 2013 (Nr. 36)

6.7 Daten zur regionalen Bildungsungerechtigkeit

In seiner neuesten Ausgabe vom Sommer 2013 geht das Bildungsmagazin des AWO Bezirksverbands Mittelrhein auf brisante Themen zur Bildungsgerechtigkeit ein. Gezeigt wird u.a., dass Kinder von neu eingewanderten Ausländern nicht selten mehrere Monate auf einen Schulplatz warten und notfalls in die Sonderschule abgeschoben werden. Weitere Themen sind fehlende Gesamtschul-Plätze, Inklusion als Ausnahme, fehlende Krippenplätze und das Bildungspaket, das nicht ankommt.

Das Bildungsmagazin kann heruntergeladen werden unter:
http://integrationsagentur-awo.de/wcms/ftp//i/integrationsagentur-awo.de/uploads/2013-bildungsmagazin-sommer.pdf

Quelle:
http://bildungsklick.de/a/88478/kein-schulplatz-fuer-auslaendische-kinder/

(7)
Aktuelle Stellungnahmen aus Politik und Verbänden

7.1 Bildungsverständnis der Schulsozialarbeit (Kooperationsverb. Schulsozialarbeit)

Der Kooperationsverbund Schulsozialarbeit hat in einem gerade erschienenen Positionspapier eine Standortbestimmung zum „Bildungsverständnis der Schulsozialarbeit" vorgenommen. Das Positionspapier will Anstöße für die weiterführende Diskussion in Schule und Jugendhilfe geben und die breite fachliche Auseinandersetzung über den Auftrag von Schulsozialarbeit anregen.

Zentrale Fragen des Positionspapiers sind: (a) Welchen Beitrag kann Schulsozialarbeit für eine gelingende Bildung leisten? (b) Welche Bedingungen müssen gegeben sein, damit professionelle sozialpädagogische Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit in der Schule gelingen kann?

Dem Papier zufolge nimmt Schulsozialarbeit im Bildungsprozess junger Menschen eine anwaltliche Funktion ein und leistet einen wesentlichen und erfolgreichen Beitrag für einen gelingenden Bildungsprozess von Kindern und Jugendlichen. Eine wesentliche Bedingung hierfür sei, dass Schule und Jugendhilfe ihre gemeinsamen und auch jeweils spezifischen Aufgaben verstehen, gegenseitig anerkennen und verantwortungsbewusst umsetzen – sowohl in ihren eigenen Systemen als auch in deren Schnittmenge.

Die 14-seitige Broschüre kann als Print-Fassung zum Selbstkostenpreis von 2 Euro pro Exemplar zzgl. Versandkosten über broschueren@gew.de bezogen werden.

Sie kann auch heruntergeladen werden unter:
http://www.awo-informationsservice.org/index.php?id=497&tx_ttnews%5Btt_news%5D=5470&cHash=d5d9ffc6f07aec5757b8d2b1e896977

7.2 Schulsozialarbeit schafft Chancengleichheit (DRK)

In ihrer Stellungnahme „Schulsozialarbeit schafft Chancengleichheit" hat sich das DRK für ein flächendeckendes Angebot der Schulsozialarbeit ausgesprochen. Schulsozialarbeit wird hier verstanden als Wegbereiterin eines gesunden Aufwachsens und erfolgreicher Bildungswege und als ein wichtiger Baustein einer kind- und jugendzentrierten Armutsprävention. Jeder junge Mensch soll Schulsozialarbeit in Anspruch nehmen können.

Das DRK regt in seiner Stellungnahme die enge und nachhaltige Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen zur Förderung und Konsolidierung der Schulsozialarbeit an, spricht sich für die Auflage von Landesprogrammen zur Schulsozialarbeit aus, unterstützt die Anstrengungen der Landesregierungen, Empfehlungen zum Ausbau der Schulsozialarbeit an die Kommunen zu geben und regt die Politik an, sich für ausreichende und bedarfsgerechte Angebote für alle Kinder und Jugendlichen einzusetzen.

Die Stellungnahme kann heruntergeladen werden unter:
http://www.jugendsozialarbeit.de/media/raw/schulsozialarbeit_schafft_chancengleichheit_2013_web__2_.pdf

7.3 Ausbau statt Abbau der Schulsozialarbeit (Kooperationsverb. Jugendsozialarbeit)

Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit fordert in seinem Positionspapier „Ausbau statt Abbau – Schulsozialarbeit sichern und entwickeln" Bund, Länder und Kommunen auf, aktuell vorhandene Restmittel aus dem BuT 2012/2013 möglichst unbürokratisch für die Weiterführung der Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen, neu geschaffene Stellen langfristig abzusichern und dafür zu sorgen, dass der nachhaltige Ausbau der Schulsozialarbeit vorangebracht werden kann.

Das Papier kann heruntergeladen werden unter:
http://www.jugendsozialarbeit.de/media/raw/KV_Positionspapier_BuT.pdf

7.4 Rechtsanspruch auf Ganztagsschule gefordert (DJI)

Der Ruf nach einem Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Ganztagsschule wird lauter. „Ich würde das Thema der Ganztagsschulen stark machen in diesem Wahljahr. Ich denke, dass Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Platz für ihr Kind bekommen sollten – ähnlich wie das jetzt in Kindertagesstätten für Unter-Dreijährige der Fall ist", sagte der Direktor des Deutschen Jugendinstituts (DJI), Thomas Rauschenbach, der Nachrichtenagentur dpa in München.

Er forderte zugleich eine Qualitätsoffensive für den Ganztag. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) verlangten einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz.

„Die soziale Spaltung bleibt die Achillesferse des deutschen Bildungssystems: In kaum einem anderen Land hängen die Bildungschancen der Kinder so sehr vom Geldbeutel der Eltern ab wie in Deutschland", sagte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack zum aktuellen Chancenspiegel der Bertelsmann-Stiftung. „Wer die soziale Auslese bekämpfen will, darf sich nicht in bildungspolitischem Klein-Klein verlieren. Wir brauchen jetzt einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Ganztagsschule ab dem Jahr 2020." Deutschland zähle zu den letzten Industrieländern, die ihren Kindern keine verlässliche Ganztagsschule anböten.

Der DIHK fordert eine bundesweit verpflichtende Einführung von Ganztagsschulen. „Ziel sollte ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Ganztagsschule sein", sagte der neue DIHK-Präsident Eric Schweitzer der Süddeutschen Zeitung vom 25. Juni. „Das heißt nicht, dass jede Schule eine Ganztagsschule sein muss. Aber die Eltern, die ihre Kinder auf eine solche Schule schicken möchten, müssen dies auch können." Mittels solcher ganztägigen Kinderbetreuung möchte der DIHK-Präsident das Arbeitskräftepotenzial bei Frauen besser ausschöpfen.

Rauschenbach sagte: „Man sollte sagen: In fünf Jahren hat jeder das Recht, einen solchen Platz zu bekommen. Das würde etwas Dynamik reinbringen in die Sache." Gleichzeitig brauche das Angebot an Ganztagsschulen in Deutschland mehr Qualität. „Wir können nicht alles unter dem Etikett Ganztagsschule laufen lassen, was den Namen nicht verdient. Da steht Ganztagsschule drauf, ist aber nicht drin." Eine Ganztagsschule müsse eine konzeptionelle Idee haben. Deutschland sei in die Ganztagsschule hineingestolpert, habe Mittagessen und Räume bereitgestellt – mehr aber nicht.

Rauschenbach: „Ich wünsche mir von der Politik, dass wir nicht weitere monetäre Versprechungen machen. Die einen wollen mehr Kindergeld, die anderen wollen Betreuungsgeld und die dritten eine kostenfreie Kita." Das alles seien nicht die wichtigsten Baustellen. „An erster Stelle müsste der Ausbau einer bedarfs- und familiengerechten Infrastruktur stehen. Da haben wir so viele Aufgaben, dass ich immer wieder ratlos bin, warum der Politik immer nur Geld einfällt."

Weiterführende Informationen siehe unter:
http://www.dji.de/bulletin/d_bull_d/bull101_d/DJIB_101.pdf

Quelle:
http://bildungsklick.de/a/88335/rechtsanspruch-auf-ganztagsschule-gefordert/

7.5 Bildungsbenachteiligung muss endlich aufhören (Deutscher Caritasverband)

„Dass die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss bundesweit gesunken ist, ist ein erfreulicher Trend", begrüßt Caritas-Präsident Peter Neher die Analyse der Bertelsmann-Studie „Chancenspiegel 2013". Die Studie weist gleichzeitig deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern auf. Dies bestätigt das Ergebnis der Caritas-Studie „Bildungschancen vor Ort" aus dem Jahr 2012. In der Caritas-Studie wurden vor allem die Quoten von Abgängern ohne Abschluss zwischen den Kommunen untersucht, die hier noch stärker variieren. „Neben chancengerechten Schulsystemen in den Ländern brauchen wir verstärkte Anstrengungen vor Ort", fordert Neher. Schulsozialarbeit, Kooperation zwischen Schule, Jugendhilfe, Arbeitgebern und Trägern sowie eine intensive Begleitung schulmüder Jugendlicher haben sich nach Erfahrungen der Caritas als erfolgreiche Mittel gezeigt. Entscheidend sei allerdings, dass der politische Entschluss gefasst wird, das Problem ungleicher Bildungschancen anzugehen. „Nur wo vor Ort ein Wille ist, eröff-

net sich auch ein Weg für Jugendliche, ihren Hauptschulabschluss zu schaffen", so Neher. Nach wie vor ist besorgniserregend, dass es in den Schulen noch immer nicht gelingt, den Einfluss der sozialen Herkunft auf den Bildungserfolg der Kinder auszugleichen. Die Bertelsmann-Studie zeigt erneut, dass Kinder aus unteren sozialen Schichten und Kinder mit Migrationshintergrund in einigen Bundesländern beispielsweise im Bereich des Lesens deutlich schlechter sind als ihre Altersgenossen. Als wichtigen ersten Schritt fordert die Caritas, die Lernförderung für Schüler aus armen Familien auszuweiten. Bisher wird Nachhilfe nur bei Versetzungsgefahr gewährt, jedoch nicht, um einen Wechsel auf eine höhere Schule zu ermöglichen.

Mehr zur Caritas-Bildungsstudie unter:
http://www.caritas.de/bildungschancen

Quelle:
Nachrichten Jugendsozialarbeit 12/2013 vom 1. Juli 2013

7.6 Positionspapier zur Jugendarbeitslosigkeit (Europäisches Jugendforum)

Das Europäische Jugendforum hat ein Papier veröffentlicht, das die beschäftigungspolitischen Herausforderungen junger Europäer vorstellt und Aktionen für die Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit vorschlägt. Derzeit sind beinahe 25% der jungen Europäer arbeitslos, in einigen Regionen liegt die Quote bei deutlich über 50%. Die Kosten der Jugendarbeitslosigkeit wurden 2011 auf 153 Milliarden, und somit ca. 1,2% des Gesamt-BIP der EU geschätzt.

Daher appelliert das Jugendforum für einen Wandel hin zu nachhaltigen arbeitsplatzschaffenden Maßnahmen. Steigende Jugendarbeitslosigkeitsquoten haben zu verstärkter Armut und sozialer Exklusion geführt. Auch ist die Zahl der in Armut lebenden jungen Erwerbstätigen mit 10% sehr hoch: Sie haben im Allgemeinen geringere Löhne, geringe soziale Sicherheit und prekäre Arbeitsbedingungen. Daher sind gezieltere Politiken für hochwertige Jugendbeschäftigung und Sozialschutzmechanismen vonnöten, die durch eine Umverteilung der Ressourcen finanziert werden sollen.

Weiterhin appelliert es für freie und zugängliche Bildung sowie verstärkte Maßnahmen gegen Schulabbruch und für hochwertige Angebote des zweiten Bildungswegs. Duale Berufsbildungssysteme müssen stärker als hochwertige Alternative zu allgemeiner akademischer Bildung gesehen werden. Die Jugendgarantie könne bei effizienter Umsetzung hochwertiger Maßnahmen Langzeitarbeitslosigkeit und unterqualifizierte Arbeit verhindern.

Auch soll ein Rechtsrahmen für hochwertige Praktika und Lehrstellen hinsichtlich der Bezahlung, Arbeitsstunden und zu erfüllenden Aufgaben geschaffen werden. Da derzeit rund 42% junger europäischer Arbeitnehmer einen befristeten Vertrag haben, ruft das Forum für ein verstärktes Engagement für unbefristete und stabile Jobs für junge Menschen auf, beispielsweise im Rahmen einer Rahmenrichtlinie zu vertraglichen Vereinbarungen für die Verringerung prekärer Jugendbeschäftigung.

Um die Diskriminierung junger Frauen zu verhindern, soll die Geschlechterperspektive berücksichtigt werden, auch hinsichtlich einer ausgewogeneren Inanspruchnahme des Elternurlaubs sowie dem Zugang zu Kinderbetreuungsangeboten.

Mehr unter
http://www.youthforum.org/wpcontent/uploads/2013/05/0166-13_PP_Employment_Final.pdf

Quelle:
Nachrichten Jugendsozialarbeit 13/2013 vom 5. Juli 2013

7.7 Jugendarmut verhindern (BAG KJS)

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e.V. fordert unter dem Motto „Benachteiligung abbauen und gerechte Chancen schaffen" ein nachhaltiges Engagement gegen Jugendarmut von allen gesellschaftlichen Kräften. Dass die 18- bis 24-jährigen mit 23,4% die am stärksten von Armut bedrohte Altersgruppe sind, ist für die BAG KJS inakzeptabel. Über 1,5 Millionen junge Menschen bis 35 Jahre sind ohne Ausbildung. Ein Großteil Jugendlicher, die sich mit Unterstützung der Bundesagentur für

Arbeit (BA) um einen Ausbildungsplatz bemüht haben, scheint verschollen. Über rund 96.000 von ihnen liegen der BA keine Informationen über den Verbleib vor. Für die BAG KJS ein nicht hinnehmbarer Zustand.

Mit ihrer Initiative Jugend(ar)mut macht die BAG KJS sich dafür stark, die Lebensbedingungen junger Menschen zu verbessern. Auch von Armut betroffene Jugendliche wollen ihren Weg in ein selbstbestimmtes Leben gehen. Dazu bedürfen sie gerechterer Chancen für eine gesellschaftliche Teilhabe. Kurzfristige Projektförderungen sind bei der Unterstützung dieser Personengruppe kontraproduktiv. Pfarrer Simon Rapp – Vorsitzender BAG KJS – weiß aus seiner Arbeit mit Jugendlichen: „Junge von Armut betroffene Menschen benötigen eine langfristige und zuverlässige Unterstützung. So können verlässliche Beziehungen entwickelt werden und es gelingt realistische Ziele für das eigene Leben zu entwickeln und zu erreichen."

Die Jugendarmutskonferenz 2013 reflektierte, was die unterschiedlichen Akteure im Kampf gegen Jugendarmut bewirken können. Im Gesamtergebnis wird deutlich, es braucht in erster Linie den gesamtgesellschaftlichen Willen, allen jungen Menschen Mut zum selbstständigen Gestalten ihrer Zukunft zu machen.

In dem Kommuniqué „Gemeinsam Ausgrenzung verhindern!" formuliert die Jugendarmutskonferenz notwendige Bedingungen und Handlungsansätze, um wirksam Jugendarmut bekämpfen zu können.

Mehr unter:
www.jugendarmut.info oder www.facebook.com/bagkjs

Quelle:
Nachrichten Jugendsozialarbeit 12/2013 vom 1. Juli 2013

7.8 Kein „weiter so"! Erfolgreiche Übergange in den Beruf müssen allen Jugendlichen ermöglicht werden (Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit)

Im Berufsbildungsbericht 2013 bewertet die Bundesregierung die Situation auf dem Ausbildungsmarkt insgesamt als gut und sieht dabei zunehmend einen Mangel an jungen Bewerber/-innen. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit teilt diese Bewertung in wesentlichen Punkten nicht: Keineswegs für alle Jugendlichen hat sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt entspannt – es fehlen Ausbildungsplätze sowie eine angemessene Förderung, so dass weiterhin fast 270.000 junge Menschen nach der Schule nicht direkt einen Ausbildungsplatz finden. Insbesondere für benachteiligte Jugendliche ist es schwierig, eine Lehrstelle zu finden und die Ausbildungs- und Übergangssituation allein zu meistern – die Förderung und Unterstützung vor und während der Ausbildung muss aus Sicht des Kooperationsverbundes kontinuierlich gewährleistet werden.

Die sieben Bundesorganisationen, die sich im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit zusammengeschlossen haben, zeigen in der Stellungnahme auf, welche Schritte nötig und möglich sind, um bestehende Hürden abzubauen und die Ausbildungssituation tatsächlich zu verbessern. Ein wesentlicher Schritt hierzu ist eine Ausbildungs- und Fördergarantie für alle jungen Menschen!

Die Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht findet man unter:
http://www.jugendsozialarbeit.de

7.9 DGB-Position zum Programm MobiPro-EU (DGB)

Noch nie war die Jugendarbeitslosigkeit weltweit so hoch wie heute. Vor allem die südeuropäischen Krisenländer beklagen eine Jugendarbeitslosigkeit von zum Teil mehr als 50%. Auch Deutschland bekommt die globale Wirtschafts- und Finanzkrise zu spüren, wenn auch im europäischen Vergleich auf noch niedrigem Niveau.

Die Bundesregierung hat nun begonnen, im Rahmen der ESF-Richtlinie MobiPro-EU junge Menschen aus Europa für eine duale Berufsausbildung in Deutschland anzuwerben – jedoch mit überschaubarem Erfolg. Zwar begrüßt der DGB die innereuropäische Mobilität ausdrücklich, jedoch bedarf es guter Rahmenbedingungen, damit die Jugendlichen erfolgreich eine Ausbildung absolvieren können. Zudem dürfen auch die rund 270.000 Jugendlichen in Warteschleifen nicht vergessen werden.

Wie solche Rahmenbedingungen und Unterstützungsmaßnahmen aussehen können, hat der DGB in seiner Stellungnahme „Berufliche Ausbildung in Deutschland – ein Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa?" zum Programm MobiPro-Eu zusammengetragen.

Herunterzuladen unter:
http://www.wir-gestalten-berufsbildung.de/fileadmin/user_upload/NL_wissenaktuell/f_Stellungnahme_MobiPro-EU.pdf

Quelle: DGB wissenaktuell. Ausgabe 17 vom 28.06.2013

7.10 Bildungspaket mit Licht und Schatten (Sozial- und Wohlfahrtsverbände)

Ginge es nach dem Urteil von Sozialverbänden, Gewerkschaften und Opposition, dann würde das vor gut zwei Jahren von Bund und Ländern mühsam ausgehandelte Bildungspaket für bedürftige Kinder so schnell wie möglich wieder aufgeknüpft. „Pädagogischer Unsinn", „Bürokratiemonster", „Flop" und „fern der Lebenswirklichkeit der betroffenen Kinder" – das waren nur einige Attribute, mit denen die Organisationen am 26. April das Bildungs- und Teilhabepaket für die 2,5 Millionen Kinder von Langzeitarbeitslosen und Geringverdienern bedachten. Als komplett gescheitert hat der Paritätische Wohlfahrtsverband das Bildungspaket für benachteiligte Kinder und Jugendliche bezeichnet.

Weitere Informationen unter:
http://bildungsklick.de/a/87621/bildungspaket-mit-licht-und-schatten/

7.11 Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl (Kooperationsvb. Jugendsozialarbeit)

Wie positionieren die Parteien sich in Bezug auf die Jugendsozialarbeit? Wie und mit welchen Ressourcen soll dieses jugendpolitische Feld in Zukunft gestaltet werden? Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit hat hierzu allen im Bundestag vertretenen Parteien fünf Fragen gestellt.

Die Fragen des Kooperationsverbunds und die Antworten der Parteien die Fragen finden sich unter:
http://www.jugendsozialarbeit.de/Fragen_Parteien

7.12 Schulsozialarbeit muss weiter finanziell abgesichert werden! (AWO)

Im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets hat die Bundesregierung zusätzliche Mittel für den befristeten Ausbau der Schulsozialarbeit eingestellt (400 Millionen Euro jährlich inklusiv für das Mittagessen in Horten), die Ende 2013 auslaufen. Mit diesen Mitteln haben viele Kommunen zusätzliche Schulsozialarbeiter/innen befristet eingestellt, deren Weiterbeschäftigung nun bedroht ist. Die AWO verdeutlicht mit ihrer Stellungnahme die Unverzichtbarkeit der zusätzlichen Stellen Schulsozialarbeit und entwickelt Vorschläge zu ihrer Weiterfinanzierung.

Herunterzuladen unter:
http://www.awo-informationsservice.org/index.php?id=497&tx_ttnews%5Btt_news%5D=5514&cHash=cc5aa7e2ea833f1e02ee9e88d4d0c370